

Volkswacht

für Schlessen - Organ für die westfälische Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5; Mailhaasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn = 0,45 Rmt., monatlich 1,55 Rmt. + 33 Pf. Trägerlohn = 1,90 Rmt. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Rmt.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 14 Pf. außerhalb 27 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 5 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Nr. 217 57 und 217 59, Redaktion Nr. 217 38, Postfachkonto: Breslau 5852, Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Abonnements 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 - Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummern 10 Pf.

43. Jahrgang

Mittwoch, den 11. Mai 1932

Nr. 109

Die Nazis am Schandopfer!

Schuldentilgungs- und Anleihegesetz in zwei Lesungen angenommen — Brüning nagelt eine gemeine Nazi-Lüge fest — Die Arbeit der SPD. und der freien Gewerkschaften für die Erwerbslosen — Groener stellt den Landesverrat der Nazis offenkundig fest — „Ohne die SA. hätten wir seit Jahren in Deutschland Ruhe und Ordnung“ — Reichsbannerverbot war unmöglich — Lärmzuzüge der Nazis

Berlin, 10. Mai. (Eigener Bericht.)

Der Reichstag setzte die erste Beratung des Schuldentilgungsgesetzes fort.

Abg. Bang (Dnat.) nennt es eine leere Farce, wenn der Etat dem Reichstag vorgelegt wird, obwohl die Regierung jetzt schon die Ablichtung verflücht, im Falle seiner Nichtannahme den Etat durch Notverordnung in Kraft zu setzen. Ein Reichstag, der auf sein höchstes verfassungsmäßiges Recht, nämlich auf die gründliche Beratung und Verabschiedung des Etats verzichtet, handelt selbst verfassungswidrig. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Waltraub (Volkswat. R. Bgg.) stimmt dem Schuldentilgungsgesetz zu. Wir erwarten, daß in Laufame das „Rein“ des Reichstages aufrechterhalten wird. Wir lehnen einen weiteren Lohnabbau ab, auch wenn er sich hinter dem Schlagwort „Auflöschung der Tarifverträge“ verbirgt.

Abg. Straßer (Natz.): Seit 1930 hat sich trotz der inzwischen aufeinander folgenden gewaltigen nationalsozialistischen Wahlsiege an der Reichspolitik nichts geändert. Ueber das Arbeitsbeschaffungsprogramm der sozialdemokratischen Gewerkschaften läßt sich reden. Wir sind bereit, daran mitzuarbeiten und sehen in dem im Organ der „Freien Gewerkschaften“ von Woytinski dafür entworfenen Finanzierungsplan viele Gedanken, die unsere Gedanken sind. Den Regierungsplan der Sparprämien-Anleihe lehnen wir ab. Noch immer sind viele Millionen Moor- und Oedland urbar zu machen. Hier könnte die Arbeitsdienstpflicht sich bewähren. (Lauter Zwischenrufe der Kommunisten.) Die in der freien Wirtschaft ausgeführten Arbeiten müssen zum Tariflohn bezahlt werden, für die übrigen Arbeiten ist die Arbeitsdienstpflicht da. Ein staatliches Roggenmonopol wird sich nicht vermeiden lassen, wenn wir endlich das Lohnproblem lösen wollen. Die Kontrolle der Lebensmittelpreise und die Aushaltung der Spekulation mit notwendigen Lebensmitteln ermöglicht es dem Staat erst, dem Lohn eine werthbeständige Grundlage zu geben. Wir erkennen an, daß Brüning an alle Probleme mit dem besten Willen herangegangen ist (Mise bei den Komm.). „Er biederst sich an beim Zentrum!“, aber es war ihm unmöglich, seine Pläne durchzuführen, weil er seine ganze Kraft darauf verwenden mußte, die heterogenen Parteien zusammenzuführen, mit denen er regiert. (Beifall bei den Natz. — Unruhe.)

Abg. Hepp (Land.): In Deutschland gebe es keinen Menschen, der eine Fortzahlung der Reparationen für möglich halte. Das Verbot der nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln werde von der Landvolkspartei in keiner Weise gebilligt. Die Schutzmaßnahmen für den bäuerlichen Beredelungsverkehr hätten leider den erhofften Erfolg nicht gehabt.

Damit ist die erste Beratung des Schuldentilgungsgesetzes beendet. Die Nationalsozialisten beantragen Ueberweisung der Vorlage an den Haushaltsausschuß. Dieser Antrag wird im Sammelbesprechung mit 264 gegen 209 Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalisten abgelehnt. Es folgt die zweite Beratung, in der das Schuldentilgungsgesetz gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen angenommen wird. Es, der die Ermächtigung zur Sparprämien-Anleihe für die Arbeitsbeschaffung enthält, wird im Sammelbesprechung mit 245 gegen 224 Stimmen angenommen. Die Deutsche Volkspartei hat mit der Opposition gestimmt. Die dritte Beratung wird später stattfinden.

Es folgt die allgemeine politische Aussprache, mit der die Mißtrauensanträge und die Anträge gegen das Verbot der kommunistischen Gottlosen-Organisation und gegen die Aufhebung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln verbunden sind.

Abg. Graßmann (Soz.):

Als am Montag Dr. Brüning auf den bekannten Artikel von der Goltz in der „Diktatur“ hinwies, haben die Nationalsozialisten die Goltzheit bestritten. Hier ist die Folge 31 der „Diktatur“ und ich verlese nochmals

die Ausführungen des Herrn von der Goltz, daß die Nationalsozialisten die Goltz gegen einen feindlichen Einfall solange nicht vertheidigen würden, als das heutige System besteht.

Der Redner verliest diesen Artikel und fügt hinzu: Sie sind wieder einmal angegriffen gegen eine unüberlegliche Tatsache, die Ihren inneren Wesenskern schonungslos enthüllt!

Die Geschäftsführung der sogenannten Wirtschaftsführer ist längst schon als rühmlich auch vom Standpunkt ihrer eigenen Interessen aus gesehen bekannt geworden.

In der so verarmten und angeblich so bedrückten Wirtschaft sind heute 2/3 mal soviel Direktoren beschäftigt als vor dem Kriege.

Sie und die zehntausende Verwaltungsräte erhalten an Bezügen und Entlohnungen 1,5 bis 2 Milliarden jährlich, etwa ebensoviel, als die Dankschreiben für die Aktionäre beträgt. Die etwa 4 Millionen Arbeiter derselben Betriebe erhalten in derselben Zeit nur etwa das Vierfache dessen, was die Verwaltungsräte und Direktoren bekommen haben. Aus der Fülle der Kapitalgesellschaften sind zahlreiche Beispiele bekannt, so die Errichtung einer neuen Schachanlage durch den Stahltrust Mitte 1931; der für eine Million Tonnen Förderung eingerichtet war, eine große Kokerei und Stiefstoffabrik umfaßt und 90 Millionen gekostet hat, die durch kurzfristige Auslandsanleihen aufgebracht wurden.

Zwei Monate lang wurde mit Hochdruck Kohle gefördert, um durch den Leistungsanweis eine ent-

sprechende Quote zu erhalten. Die Kohle wurde nicht verkauft, sondern auf Halbe gelegt. Und dann stellte sich heraus, daß die neue Smagiananlage infolge schlechter Ausnutzung zuviel kostet, sie wird stillgelegt!

(Hört! Hört!) Die Kokerei ist überhaupt nicht ausgenutzt. Die Stiefstoffabrik arbeitet zu einem Drittel. Ganz gleiche Vorgänge haben sich bei der Gewerkschaft Ewald und bei einer neuen Dembergfabrik ereignet.

Das Institut für Konjunkturforschung berichtet, daß im März 1931 die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Verhältnis zur Arbeitsstundenkapazität 45,1 Prozent im März dieses Jahres nur noch 34,9 Prozent betragen hat. Es ist also eine ungeheure Bergung der Produktionsanlagen erfolgt.

In einem Bericht vom 12. April dieses Jahres sagt das Konjunkturinstitut, daß bis 1931 vor allem die Produktion an Gütern des elastischen Bedarfs gesunken ist, also denjenigen, dem man für einige Zeit ausweichen kann, daß aber seit Mitte 1931 im Gegenteil die Produktion der Güter des starren Bedarfs härter vom Rückgang erfasst worden ist. Das ist ein Zeugnis der Schwere der inneren Depression, die

Lebrun gewählt

Im ersten Wahlgang mit über Zweidrittelmehrheit

Paris, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die französische Nationalversammlung wählte am Dienstag Senator Lebrun mit 633 Stimmen zum Präsidenten der französischen Republik. Für Paul Faure wurden 114 Stimmen der Sozialdemokraten, für Painlevé 12 und für Cahin 8 Stimmen abgegeben; weiße Zettel wurden 49 abgegeben. Die Zahl der Abstimmenden betrug 826.

Punkt zwei Uhr betrat Senatspräsident Lebrun begleitet von Mitgliedern des Büros des Senats unter lebhaftem Beifall den Sitzungssaal, der sich in wenigen Minuten füllte. Die Tribünen waren bis auf den letzten Platz besetzt; nur die für die Verwandten und Bekannten des Staatspräsidenten reservierte Tribüne in der rechten Ecke des Saales war leer. Sie trug Trauererschmuck. Um 2,10 Uhr eröffnete der Präsident die Sitzung mit einer kurzen Gedenkrede auf den ermordeten Präsidenten Doumer, die vom ganzen Saale mit Ausnahme von drei Kommunisten lebhaft angehört wurde. Nach der Verlesung des Artikels der Verfassung über die Präsidentenwahl und des Einberufungsdekrets für die Verammlung wurden durch Los 36 Stimmenzähler und 12 Stellvertreter bestimmt. Der Präsident bezeugte dann durch Ausschlagen eines alphabetischen Registers den Buchstaben, mit dem der Aufruf der Kongressmitglieder zur Stimmabgabe beginnen soll. Die Wahl fiel auf den Buchstaben M. Um 2,20 Uhr begann die Abstimmung. Als erster stimmte der nationalsozialistische Abgeordnete Macouin ab. Als der Name Tardieu aufgerufen wurde, riefen einige kommunistische Abgeordnete „Nieder mit dem Kriege!“ Lebhaftes Beifallklatschen auf der Tribüne antwortete diesem Ruf, was die Sozialisten veranlaßte, gleichfalls gegen Tardieu zu manifestieren. Unter lebhaftem Geheule auf der Linken und einem Beifallsturm auf der Rechten verließ Tardieu die Tribüne, nachdem er seinen Stimmzettel abgegeben hatte. Das gleiche wiederholte sich bei Paval, während Senator Chéron und Herriot von Seiten der Linken und Mittelparteien mit lebhaftem Beifall begrüßt wurden. Um 4,15 Uhr war die Abstimmung beendet. Die Sitzung wurde zur Auszählung der Stimmen unterbrochen. Eine halbe Stunde später wurde das Ergebnis zuerst in den Wandelgängen bekannt.

Um 4,30 Uhr wurde die Sitzung unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Senats, Rabier, wieder eröffnet. Der Präsident verlas das Ergebnis, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Die meisten Mitglieder der Versammlung hatten sich von ihren Sitzen erhoben. Die Kommunisten riefen wieder „Nieder mit dem Kriege!“ Als die für Paul Faure abgegebenen Stimmen bekannt gegeben wurden, applaudierten die Sozialisten, während die Rechte larmte. Nachdem das Protokoll der Sitzung ohne Widerspruch angenommen worden war, erklärte der Präsident die Nationalversammlung für geschlossen.

Der neue Präsident begab sich darauf in Begleitung mehrerer Mitglieder der Regierung und zahlreicher Kongressmitglieder in einen neben dem Sitzungssaal gelegenen Raum, wo ihn der Vizepräsident Rabier und Ministerpräsident Tardieu zu seiner Wahl beglückwünschten. Zu gleicher Zeit übergab Tardieu in seiner Eigenschaft als geschäftsführender Staatspräsident dem neuen Präsidenten die Geschäfte. Lebrun

dante in einer kurzen Rede, in der er nach einigen Sentenzen auf Doumer erklärte, daß er sein Amt unparteiisch ausüben und für den Frieden nach innen und nach außen arbeiten werde, den alle Franzosen wünschten. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen. Von dem Ministerpräsidenten geleitet, verließ Lebrun zwischen einem Truppenpakt des Palais und bestieg, während eine Militärkapelle die Marschmusik spielte, einen mit der Präsidentenstandarte geschmückten Kraftwagen, der ihn nach Paris brachte. Bei der Abfahrt und auf dem Wege nach Paris wurden dem neuen Präsidenten lebhafteste Sympathiebekundungen dargebracht. Der Präsident begab sich zunächst zum Elysee, wo er sich vor der Leiche seines Vorgängers verneigte.

Erklärung der sozialistischen Parlamentsfraktion zur Präsidentenwahl

Paris, 10. Mai. (Eig. Draht.)

Die sozialistische Parlamentsfraktion nahm am Dienstag vor Beginn der Sitzung des Kongresses folgende Erklärung an:

„Die Fraktion bedauert, daß durch das Zusammenwirken der verfassungsmäßigen Bestimmung und eines bebauerlichen Ereignisses die Wahl des ersten Beamten der Republik einer Verammlung anvertraut ist, die nicht mehr dem bei den Wahlen zum Ausdruck gekommenen klaren Volkswillen entspricht. Sie erklärt, daß sie selbst in Anbetracht der Landesstraue ihre Stimme für keine Kandidatur abgeben kann, die der Formation der nationalen Einheit entspricht, welche vom Lande verurteilt worden ist. Sie hat beschlossen, ihre Stimme auf dem Namen Paul Faure zu vereinen, dessen Wahl Niederlage in Le. Kreuzot das Symbol der Verteilungskampagne und des Druckes der Unternehmer gewesen ist.“

Lebenslauf des neuen Präsidenten

Paris, 10. Mai. (Eig. Draht.)

Der neue französische Staatspräsident Lebrun ist am 28. August 1871 in Mercy-Le-Haut in Frankreich geboren. Er war bis 1900 Bergwerksingenieur. In Doungay wurde er 1900 zum erstenmal in die Kammer gewählt, der er bis 1920 angehörte. Lebrun war während dieser Zeit einige Jahre Vizepräsident der Kammer und mehrerer Minister. Als Kolonialminister gehörte er den Kabinetten Caillaux, Painlevé und Doumergue an. Als Kriegsminister im zweiten Kabinett Doumergue und als Minister für die besetzten Gebiete dem Kabinett Clemenceau an. 1920 wurde er bei einer Revolution zum Abgeordneten seines Heimatdepartements in den Senat ernannt, dem er bis jetzt angehört. Er war Mitglied der Fraktion der republikanischen Union und wurde am 11. Juni 1931 als Nachfolger Doumergues zum Präsidenten gewählt. Bei seiner Wahl war Lebrun Präsident des Verfassungsrates der von Painlevé geschaffenen Schutzstaffel, der Schutzstaffel und der Abänderung des Landesamts für Reichsbanner. Eine Forderung bei Lebrun Frankreich war die Abschaffung des Reichsbanner.

Durch die sorgfältigen Lohnsenkungen verschärft wurde; sie waren immer von einem Anschwollen der Arbeitslosen...

Die Leute, die vor aller Welt als die großen Männer... die nicht nur eine moralische und politische, sondern auch eine gesellschaftliche Gefahr bedeutet.

Das Ergebnis der schlechtesten Maßnahmen der sogenannten Wirtschaft ist zu nehmende Arbeitslosigkeit, die nicht nur eine moralische und politische, sondern auch eine gesellschaftliche Gefahr bedeutet.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte.

Wilhelms fertig geworden ist, er wird auch diese Zeit der Stürme überdauern, er wird uns zum Glücke führen!

Die Sozialdemokraten protestieren erregt, man hört Jurufe: „Dieser Lump will uns beschimpfen“ usw. - Bizepräsident Esser ruft Göring zur Ordnung.

Reichsanwalt Dr. Brüning: Darauf kann ich sofort antworten, daß in keinem Telegramm des Reichsanwalts von einem Verbot der SA, auch nur die Rede war.

Abg. Göring (fortfahrend): Während die SA verboten wird, läßt man das Reichsbanner bestehen, das zum größten Teil aus Sozialdemokraten besteht.

Gegen die Bemerkung des Abg. Göring, das SA-Verbot bedeute die moralische Abrüstung des deutschen Freiheitswillens, lege ich auf das Ernste Verwahrung ein.

Es war aber für die Staatsautorität nicht erträglich, daß 400 000 tadelloser junge Leute nur ihrem Parteiführer zur Verfügung stehen, und nicht dem Staat.

Ich kann hier nicht das Material vortragen, das uns in die Hände gefallen ist, aber einiges muß einmal gesagt werden zur Erläuterung der Worte Hitlers in Lauenburg.

Hier steht schwarz auf weiß: „Kleine polnische Banden sind abzuwehren. Sobald ein Aufmarsch regulärer Truppen erfolgt, rückt die SA in die befohlenen Bereitstellungsgründe.“

Der Minister verliest dann einen Brief an den Reichspräsidenten, worin er die Gründe darlegt, aus denen nach seiner Meinung das Reichsbanner nicht zu verbieten ist.

Die Forderung eines Verbots des Reichsbanners konnte nicht begründet werden, denn die SA sind gegen den Staat eingeklinkt, das Reichsbanner dagegen für den Staat.

Der Minister verliest dann einen Brief an den Reichspräsidenten, worin er die Gründe darlegt, aus denen nach seiner Meinung das Reichsbanner nicht zu verbieten ist.

ohne die SA hätten wir seit Jahren Ruhe und Ordnung im Staat.

(Stürmischer Beifall der Mehrheit.) Wenn Abg. Göring die Vaterlandsliebe nur für seine Partei in Anspruch nimmt, so ist das eine unerhörte Annahme.

Gomez langsam und plump vor und die Anstrengung des Fahrens unerträglich. Und dieser Engländer mußte entzündet sein.

Sie sah auf einem Felde an einem Bach, der so schlammig war, daß er wie gelbes Milch aussah.

Da hatte sie kein Verlangen nach Gärten und der Lieblichkeit terrassenförmiger Hügel.

Sie dachte nicht oft an Mitt. Sie wußte nicht, ob er vor ihr oder wieder zurückgeblieben war.

Das große, transkontinentale Landstrage war jedoch nicht nur von Autos besetzt.

Das große, transkontinentale Landstrage war jedoch nicht nur von Autos besetzt.

Die Benzinstation

roman von Sinclair Lewis

Einzig berechnete Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Clarisse Meißner

Alle Rechte vorbehalten - Nachdruck verboten

(27. Fortsetzung.)

„Such-Wanderer“ nannte man diese lampierenden Abenteuerer.

Was in jedem dieser Wagen war, glich einer Benzin-Sammlung bei großen Bauernhöfen.

Die Such-Wanderer lagerten ihr Lager auf, sie bestanden aus einem Motorwagen mit einer Sitzbank.

Die Such-Wanderer lagerten ihr Lager auf, sie bestanden aus einem Motorwagen mit einer Sitzbank.

Die Such-Wanderer lagerten ihr Lager auf, sie bestanden aus einem Motorwagen mit einer Sitzbank.

Die Such-Wanderer lagerten ihr Lager auf, sie bestanden aus einem Motorwagen mit einer Sitzbank.

Bauernaufstand in Jugoslawien?

Wien, 11. Mai. (Fig. Junbericht.)

In Jugoslawien soll eine Revolte gegen die Regierung ausgebrochen sein.

In der nordwestlichen Grenzstadt Marburg sollen vier Offiziere wegen Vorbereitung eines Komplotts verhaftet worden sein.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Reichsregierung in einem Antrag ersucht, zur dringenden Bekämpfung von Arbeitsmangelmaßnahmen auf die deutsche Reichsbahnverwaltung hinzuwirken.

Gegen die Schließung von Eisenbahnwerkstätten

Sozialdemokratischer Antrag

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Reichsregierung in einem Antrag ersucht, zur dringenden Bekämpfung von Arbeitsmangelmaßnahmen auf die deutsche Reichsbahnverwaltung hinzuwirken.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Reichsregierung in einem Antrag ersucht, zur dringenden Bekämpfung von Arbeitsmangelmaßnahmen auf die deutsche Reichsbahnverwaltung hinzuwirken.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Reichsregierung in einem Antrag ersucht, zur dringenden Bekämpfung von Arbeitsmangelmaßnahmen auf die deutsche Reichsbahnverwaltung hinzuwirken.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Reichsregierung in einem Antrag ersucht, zur dringenden Bekämpfung von Arbeitsmangelmaßnahmen auf die deutsche Reichsbahnverwaltung hinzuwirken.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Reichsregierung in einem Antrag ersucht, zur dringenden Bekämpfung von Arbeitsmangelmaßnahmen auf die deutsche Reichsbahnverwaltung hinzuwirken.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Reichsregierung in einem Antrag ersucht, zur dringenden Bekämpfung von Arbeitsmangelmaßnahmen auf die deutsche Reichsbahnverwaltung hinzuwirken.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Reichsregierung in einem Antrag ersucht, zur dringenden Bekämpfung von Arbeitsmangelmaßnahmen auf die deutsche Reichsbahnverwaltung hinzuwirken.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Reichsregierung in einem Antrag ersucht, zur dringenden Bekämpfung von Arbeitsmangelmaßnahmen auf die deutsche Reichsbahnverwaltung hinzuwirken.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Reichsregierung in einem Antrag ersucht, zur dringenden Bekämpfung von Arbeitsmangelmaßnahmen auf die deutsche Reichsbahnverwaltung hinzuwirken.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Reichsregierung in einem Antrag ersucht, zur dringenden Bekämpfung von Arbeitsmangelmaßnahmen auf die deutsche Reichsbahnverwaltung hinzuwirken.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Reichsregierung in einem Antrag ersucht, zur dringenden Bekämpfung von Arbeitsmangelmaßnahmen auf die deutsche Reichsbahnverwaltung hinzuwirken.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Reichsregierung in einem Antrag ersucht, zur dringenden Bekämpfung von Arbeitsmangelmaßnahmen auf die deutsche Reichsbahnverwaltung hinzuwirken.

Gomez langsam und plump vor und die Anstrengung des Fahrens unerträglich.

Sie sah auf einem Felde an einem Bach, der so schlammig war, daß er wie gelbes Milch aussah.

Da hatte sie kein Verlangen nach Gärten und der Lieblichkeit terrassenförmiger Hügel.

Sie dachte nicht oft an Mitt. Sie wußte nicht, ob er vor ihr oder wieder zurückgeblieben war.

Das große, transkontinentale Landstrage war jedoch nicht nur von Autos besetzt.

Das große, transkontinentale Landstrage war jedoch nicht nur von Autos besetzt.

Abg. Straffer (Natio.): Ich beantrage, daß wir eine Pause machen, damit das Reichskabinett darüber entscheidet, ob dieser Mann weiterhin die öffentliche Sicherheit und die Armee im Reichsland in der Hand behalten kann.

Vizepräsident Esser weist den Abgeordneten Straffer wegen seines Angriffes auf den Minister aus dem Saale. Die Nationalsozialisten protestieren lärmend gegen die Maßnahme des Vizepräsidenten. Straffer bleibt im Saale, und seine Freunde bringen laute Heulrufe aus.

In dem ungeheuren Lärm verläßt gegen 6 Uhr Vizepräsident Esser seinen Platz und unterbricht dadurch die Sitzung.

Gegen 7 Uhr wird die Sitzung von Vizepräsident Esser wieder eröffnet. Er teilt mit, daß das Stenogramm eine nicht so scharf beleidigende Fassung der Neufassung Straffers ergibt, als zuerst verstanden worden war (öffentliche Sicherheit gefährlichen, nicht gefährden). Die Ausschließung wird zurückgenommen und nur ein Ordnungsruf verhängt. (Zuruf der Komm.: Was in Butter!)

Abg. Dr. Bell (Ztr.): Die Notwendigkeit der Verbote gegen NSD. und SA., SS. ist vollaus erwiesen.

Der Reichswehrminister, der den Nationalsozialisten den Eintritt in die Reichswehr ermöglicht hat, sollte gegen den Vorwurf einer Vereingemommenheit gegen sie wohl geschützt sein. Welche Volksschichten haben eine starke Abneigung gegen die Parteimehren. Als der Redner das Gottlosenverbot rechtfertigt, wird er von den Kommunisten vielfach unterbrochen. Nachdem er die Sühne der Strafferischen Rettungsvorschläge gründlich erwiesen hatte, schloß Dr. Bell mit aufheppenden Betrachtungen.

Nach neunundvierzig Stunden verlagte sich das Haus um 8 Uhr abends auf Mittwoch.

Nazis drohen mit Sprengung des Reichstags

Der Zwischenfall in der Dienstag-Sitzung des Reichstags nach der Rede des Ministers Groener ist ein Schulbeispiel für die wahre Natur der Nationalsozialisten. Straffers spöttische Bemerkung gegen Groener, das Reichskabinett solle sich mit der Frage beschäftigen, ob dieser Mann die öffentliche Sicherheit gewährleisten und die Armee noch führen könne, sollte Groener vor der gesamten Öffentlichkeit herabsetzen. Es war deshalb eine durchaus richtige Empfindung des Vizepräsidenten Esser, daß eine so schwere Beleidigung eines amtierenden Reichsministers mit der Ausweisung aus dem Reichstag geahndet werden müsse.

Daß im Vorkostenrat Vizepräsident Esser sich bereit erklärte, die Ausweisung durch einen Ordnungsruf zu erreichen, ist nicht nur ein Beweis für die bis ins Uebermaß gehende Duldsamkeit; sie ist auch mit herbeigeführt worden, weil Herr Straffer auf das entschiedenste bestritt, daß er eine Verächtlichmachung Groeners beabsichtigt habe. Er betonte damit nachdrücklich die Wichtigkeit der Bemerkung von Groener, daß die Nationalsozialisten nie zu ihren Worten stehen, und daß diese innere Unwahrheit die schlimmste Seite ihrer Betätigung darstelle.

Nach weit kennzeichnender für die Absichten der Nationalsozialisten war das Auftreten Fricks im Vorkostenrat. Frick drohte offen mit dauernden Kaduzungen. Wörtlich sagte er: „Sie werden hier keinen ruhigen Verlauf mehr erleben. Wir sind 116 Mann und wir werden unsere Stärke rücksichtslos ausnützen.“

Das ruhige Verhalten der Nazis am ersten Tage war also nur eine Maske, um leichter auf die Regierungsjesell zu gelangen. Sie wurde sofort abgetreift, als sie sahen, daß man ihre wahre Natur erkannt hatte, und daß selbst ein Mann wie Groener, wenn es in der Vergangenheit wichtig war an Verständnis für sie gefehlt hatte, jetzt erkannt hat, daß eine Herrschaft der Nazis die schlimmsten Folgen für Deutschland haben müsse.

Gegen die Willkürherrschaft in Danzig

Danzig, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Am Mittwoch veranstaltete die Danziger Sozialdemokratie gegen das Verbot der „Volkstimme“ in der größten Halle der Stadt eine Protestkundgebung. Der Verband der Danziger Presse, dem ausschließlich bürgerliche Journalisten angehören, hat inzwischen gegen das Verbot der „Danziger Volkstimme“ ebenfalls Schritte unternommen.

Um die Stützung der Invalidenversicherung

Sozialpolitischer Ausschuh des Reichstags verlangt einstimmig Reichshilfe

Der Sozialpolitische Ausschuh des Reichstags nahm am Dienstag vor Lage der Sozialversicherung und vor allem vor der Schwierigkeiten der Invalidenversicherung Stellung. Einstimmig nahm er eine Entschließung an, die die Reichsregierung ersucht, die Durchführung der Liquidität der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung notwendigen Maßnahmen unverzüglich zu treffen. Die Entschließung soll am Mittwoch vom Plenum des Reichstags verabschiedet werden.

Die Finanzlage der Invalidenversicherung ist, wie der Berichterstatter Abg. Karsten (Soz.) mitteilte, katastrophal verwickelt. Einschließlich der Zinsen und Ueberweisungen aus den Zolleinnahmen kann für dieses Jahr mit höchstens 60 bis 65 Millionen monatlicher Gesamteinnahme gerechnet werden, während die Ausgaben durchschnittlich 80 Millionen für Renten, 4 Millionen für Heilbehandlungen und 6 Millionen für Verwaltung betragen.

Gegen die Klassenjustiz in Sachsen

Dresden, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

In Chemnitz wurden vor einiger Zeit in einem politischen Prozeß vor dem Landgericht zwei der Staatspartei angehörende Richter, und zwar der frühere Reichstagsabgeordnete Landgerichtsdirektor Brodau und Landgerichtsrat Cohn, von nationalsozialistischen Angeklagten abgelehnt. Eine Kammer des Landgerichts unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hoffmann erklärte diese Ablehnung für begründet.

Am Dienstag beschäftigte sich der sächsische Landtag auf Grund eines sozialdemokratischen Antrags und einer Anfrage der Staatspartei mit diesem Vorschlag. Der sozialdemokratische Abgeordnete Böhmel forderte im Verlauf der Begründung des Antrages, daß zu Strafrichtern nur verfassungstreue Richter zu ernennen seien. Es sei auch an der Zeit, die Anträge zu prüfen, ob die Unabsetzbarkeit der Richter noch zu vertreten sei.

Der Justizminister erklärte, der Beschluß, die beiden Richter wegen ihrer politischen Betätigungen abzusetzen, sei auch nach seiner Meinung bedenklich. Eine Absetzung von Richtern dürfe wegen ihrer politischen Stellung nur dann in Frage kommen, wenn besondere Umstände vorliegen, wie z. B. mangelhafter Laib oder Gemüthslosigkeit. Das Justizministerium sei jedoch verfassungsmäßig nicht in der Lage, an der

Entscheidung etwas zu ändern. Auch ein Vorgehen gegen die an der Entscheidung beteiligten Richter scheide aus, doch habe das Ministerium die Staatsanwaltschaft in Chemnitz angewiesen, in künftigen Strafverfahren die Anklage des Ministeriums geltend zu machen.

In der Debatte wies der frühere sächsische Justizminister Neu (Soz.) nach, daß auf Grund der bestehenden Bestimmungen das Ministerium sehr wohl in der Lage wäre, den Landgerichtsdirektor Hoffmann auf einen anderen Posten zu versetzen, weil sein Verbleiben in seiner bisherigen Stellung die Interessen der Rechtspflege gefährdeten.

Selbstentmannung der Staatspartei in Württemberg

Stuttgart, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der neue Württembergische Landtag, der am Dienstag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat, hat die Wahl des Staatspräsidenten auf unbestimmte Zeit vertagt. Landtagspräsident wurde mit 52 gegen 14 sozialdemokratische und 7 kommunistische Stimmen der Nationalsozialist Mergentaler. Der Präsident des verfloffenen Landtages, der Sozialdemokrat Pfleger, wurde zweiter Vizepräsident.

Stuttgart, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die Bildung der in Württemberg mit Einschluß der Nationalsozialisten und ausgegrenzter der Demokraten beabsichtigten evangelischen Regierung, deren Ziel sein anderes ist, als die Ausschaltung des Zentrums, ist unter der Führung des gegenwärtigen Stuttgarter Polizeipräsidenten Klaber gedacht. Klaber soll das Staatspräsidium und das Innenministerium übernehmen. Der bisherige deutschnationalistische Finanzminister Dehlinger und der demokratische Wirtschaftsminister Mater sollen für den Fall einer Einigung als „bewährte Fachleute“ im Sinne bleiben. Außerdem würde Mater das Justizministerium übernehmen. Das Kultusministerium ist dem nationalsozialistischen Rechtsanwalt Schmidt-Stuttgart zugebach.

Justizpressestelle hat sich „geirrt“

In dem Kölner Strafverfahren gegen den Nazi-abgeordneten Weg und Genossen wegen Mißhandlung des sozialdemokratischen Parteiführers Wels und des Kölner Polizeipräsidenten Baucknecht ist nunmehr der Hauptverhandlungstermin im beschleunigten Verfahren auf Sonnabend, den 14. Mai, in Aussicht genommen. Die vor einigen Tagen von der Justizpressestelle in Köln verbreitete Nachricht, daß der Führer der Sozialdemokratischen Partei, Wels, noch nicht reisefähig sei, beruht, wie nunmehr amtlich mitgeteilt wird, auf einem Mißverständnis. Die Angelegenheit soll noch nachgeprüft werden.

Die technischen Arbeiten der Abrüstungskonferenz

Genf, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die Generalkommission der Abrüstungskonferenz hat am Dienstag-Nachmittag einstimmig ein aus Sachverständigen der drei technischen Kommissionen gebildetes Komitee eingesetzt zur Bestimmung aller Fälle und gemitteln Kampfsmittel die bei Durchführung der qualitativen Abrüstung verboten werden sollen. Seine Beratungen werden öffentlich sein.

Ebenfalls auf energisches Betreiben Deutschlands, das auf Beschleunigung der technischen Vorbereitung für die großen politischen Entscheidungen bestand, wurde ein kleines Komitee eingesetzt, das die Zifferangaben der Staaten über ihre Heeresstärken in vergleichbare Zahlen bringen soll.

Schließlich erreichte Henderson den Beschluß, die Beratungen der Generalkommission bereits nach Vorliegen des ersten der Berichte aus den technischen Kommissionen über die Bestimmung der Angriffswaffen wieder aufzunehmen und nicht sämtliche Berichte abzuwarten.

Nach Abschluß der Bestimmung von schwerer Artillerie durch ein Unterkomitee hat die Kommission für Landrücken am Dienstag ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Ungarn, Italien, Rußland und die Türkei wollten jede Artillerie über 10-Zentimeter-Kaliber als Angriffswaffe bezeichnet wissen, während Deutschland auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinwies, der alle Artillerie über 7,7 Zentimeter verboten, also als Angriffswaffe bezeichnet habe. Der deutsche Vertreter verlangte daher die Bezeichnung jedes darübergehenden Kalibers als Artillerie des Angriffs.

Blomage Ziehms im Völlerbund

Das Danzig-polnische Kompromiß vom Völlerbund bekräftigt

Genf, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Für die Regelung der Danziger Fragen hatten Verhandlungen zwischen den Parteien Danzig und Polen mit dem Berichterstatter Eden-England ein Uebereinkommen ergeben, das am Dienstag reibungslos über die Bühne der öffentlichen Ratstagung gehen sollte. Um so peinlicher war die Ueberraschung des Rates und des hohen Kommissars Gracina, als plötzlich Senatspräsident Dr. Ziehms Danzig die Zustimmung zum Bericht Eden, der eine Befähigung der Entscheidung Gracina über das Recht Polens als Aufsichtsbehörde in Eisenbahnfragen Danzigs enthielt, ablehnte wegen Ungefährlichkeit der Rechtslage.

Zaleski-Polen erklärte sofort, wenn die Verhandlung durchbrochen werde, dann könnten sämtliche Eisenbahnfragen, die eine Einheit derart, jetzt nicht weiter verhandelt werden. Eden verwarf seine Ueberraschung nicht, und es schien bereits, daß trotz der Dringlichkeit der Entscheidung für Danzigs Wirtschaftslieben, eine Vertagung mit ungewissem Ausgang die Folge der Ziehmschen Ueberraschungstaktik sei sollte. Gegenüber dieser Gefahr und der berechtigten Verklammerung des Rates trat Ziehms ebenfalls einen völligen Rückzug an, mit der Erklärung, er habe dem Bericht des Rates nicht vorgezogen wollen. So konnten nacheinander vier wichtige Fragen geregelt werden unter Befähigung sämtlicher Entscheidungen des hohen Kommissars Gracina, dessen unparteiische Autorität dadurch wiederum eine erfreuliche Stärkung und Anerkennung erfuhr.

Polen bleibt formell Aufsichtsbehörde im Sinne der Danziger Gehehe über die Eisenbahntransporte, was Danzig bestritten hätte. Dafür behält Danzig in den wesentlichsten hebedungsrelevanten Fragen recht. Die gemeinsame Eisenbahn-Direktion für Danzig und Kommerellen muß getrennt werden. Polen ist verpflichtet, für Kommerellen eine besondere Direktion zu errichten und Danzig die eigene Verwaltung zu überlassen. Endlich muß Polen den Danziger Direktor von allen Entscheidungen unterrichten und daß keine Beschlüsse von Danziger Regionalaufseherischen Gängen mehr vornehmen, außer bei Strafverfügungen. In der alten Streitfrage der vollen Ausübung des Danziger Hafens durch Polen bekräftigte der Rat die auf dem Gutachten des Haager Gerichtshofes beruhende Entscheidung des hohen Kommissars, die ausschließlich die Verpflichtung Polens zur vollen Ausübung des Hafens betrafen, entsprechend der Entscheidung des Danziger Hafens in der Zukunft laut Vereinbarung diese Verpflichtung in ein Recht Polens zu drehen, was nach der Feststellung des Berichterstatters nichts an der Ratenscheidung ändere.

Die letzte Frage, betreffend die Einfuhrverbote

Polens für Danziger Waren, wurde vertagt und der Berichterstatter ermächtigt, inzwischen ein Justizkomitee zu den Verhandlungen hinzuzuziehen. Die einstweilige Entscheidung Gracinas bleibt bis zur völligen Lösung in Kraft.

Neue Kämpfe in der Mandchurei

Völlerbundsrat überweist Mandchureibericht an die Völlerbundsversammlung

Genf, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der Völlerbundsrat hat gegen Ende seiner Dienstag-Sitzung den in der vorigen Woche eingegangenen ersten Bericht der Mandchurei-Unterkommission zur Kenntnis genommen und ihn der Völlerbundsversammlung überwiehen. Der japanische Delegierte erneuerte bei dieser Gelegenheit den Vorbehalt seiner Regierung gegen die Befassung der Völlerbundsversammlung mit der mandchureischen Frage.

In der Mandchurei wird weiter gekämpft. Nach Meldungen des japanischen Oberkommandos wurden in den letzten drei Monaten 192 japanische Offiziere und Soldaten getötet und über 500 verwundet. Nach chinesischen Angaben werden die japanischen Verluste auf über 1500 Tote und Verwundete geschätzt.

Am 8. Mai unternahm eine Gruppe japanischer Flugzeuge einen Angriff westlich von Tschifang auf die Truppen des Generals Ma. Der Kampf dauerte über 3½ Stunden. Die Flugzeuge haben über 100 Bomben abgeworfen. Zahlreiche Verwundete und Tote blieben auf dem Felde. Ein japanisches Flugzeug mußte notlanden. Sein Schicksal ist ungewiß.

Die 14. japanische Division ist am 10. Mai in Dairen eingetroffen, wo sie zu den sechs Divisionen steht, die die militärische Macht Japans in Korea und der Mandchurei bilden. Japan hat alle wesentlichen festen Divisionen in der Mandchurei.

Britische Konservative möchten Zeilinflation

London, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Im britischen Unterhaus steht zurzeit die Kreditpolitik zur Debatte.

Immer mehr konservative Politiker haben sich die ursprüngliche Forderung der Labour Party, die eine Belebung der Wirtschaft durch billiges Geld und reichlichen Kredit verlangte, zu eigen gemacht. Der konservative Sir Robert Hornes erklärte, die Regierung müsse von der Bank von England verlangen, daß sie den Diskontsatz auf 2 Prozent senke. Die Warenpreise müßten um 30 Prozent gesteigert werden. Hornes ist ebenso wie ein großer Teil der Bankleute in der City der Auffassung, daß England die Initiative bei einer Steigerung des Niveaus der Weltmarktpreise ergreifen könne. Eine abgerundete Inflation brauche man, da das englische Staatsbudget in Ordnung sei, nicht zu befürchten, und es sei zu erwarten, daß die Preisstürze in den verbliebenen Goldwährungsländern der Entwicklung der Preise in den Sterling-Ländern folgen werde.

Schatzkanzler Chamberlain, der nicht weniger von der Notwendigkeit zur Erhöhung des Prezniveaus überzeugt ist, meinte im Gegensatz zu Robert Hornes, daß das Vorgehen eines einzelnen Landes nicht ausreiche. Die Regierung zeigt bis jetzt wenig Neigung, weder die Bank von England zu isoliertem Vorgehen zu veranlassen, noch aktiv auf internationale Zusammenarbeit unter den Notenbanken hinzuwirken. Statt dessen will der Schatzkanzler große Einsparungen im Budget erzielen, die eine Senkung des Steueraufkommens um 100 Millionen Pfund ermöglichen sollen. Das neue Ansteigen der Zahl der Arbeitslosen, die im Laufe des Monats April um 85 000 auf 2,65 Millionen zugenommen haben, gibt den Befürwortern der Inflationspolitik — dieser Ausdruck wird von den Vertretern der Kreditexpansion allgemein gebraucht — weitere Stütze für ihre Argumente.

Dollfuß beauftragt

Wien, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der österreichische Bundespräsident beauftragte am Dienstag den bisherigen christlichsozialen Landwirtschaftsminister Dollfuß mit der Neubildung der Regierung. Nach einem Beschluß des Nationalrats, der am Dienstag auf Antrag der Sozialdemokratie gefaßt wurde, muß die neue Regierung innerhalb 48 Stunden, also bis Donnerstag mittag, gebildet sein.

Tardieu Rücktritt angenommen

Paris, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Lebrun machte am Dienstag der Witwe Doumeres einen kurzen Besuch und begab sich dann in Begleitung des Ministerpräsidenten, zum Triumphbogen, wo er an dem Grabe des unbekanntes Soldaten einen Kranz niederlegte. Schließlich wurde Lebrun nach dem Palais des Senatspräsidenten geleitet, wo er bis nach der Beerdigung Doumeres wohnen wird. Dort hatte sich inzwischen das gesamte Kabinett eingehunden, dessen Demission Tardieu überreichte. Der neue Präsident nahm das Rücktrittsgesuch an und bat die Minister, bis zur Bildung einer neuen Regierung nach dem Zusammentritt der Kammer die Geschäfte weiterzuführen.

Tardieu lobt sich selbst

Kaiserkraten um die Regierungsbildung

Paris, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Anlässlich der Ueberreichung der Demissionschreiben hat Tardieu in einer Rede noch einmal die angeblichen Erfolge seiner Regierung hervorgehoben. Während die Rechtsprelle in dieses Selbstlob begeistert einstimmig, erklärt der „Populaire“, das Land mache sich über die lügenhaften Behauptungen Tardieus ebenso lustig wie über seine in der Wahlkampagne ausgestoßenen Drohungen.

Inzwischen geht das Kaiserkraten über die Bildung der neuen Regierung weiter. Die Haltung des Senats, vor allem der radikalen Fraktion bei der Präsidentenwahl wird allgemein dahin ausgelegt, daß man im Lugemburg-Palais die Linie in der Kammer auf den Weg einer Konzentrationspolitik lenken will. Eine solche Politik wäre ohne Zweifel leicht durchzuführen, wenn nicht der Erfolg der Radikalen bei den Kammerwahlen von einem Erfolg der Sozialisten begleitet gewesen wäre. Deshalb neigt man in zahlreichen Kreisen zu der Auffassung, daß Herriot, der nach dem Zusammentritt der neuen Kammer von Lebrun mit der Kabinettsbildung beauftragt werden wird, zunächst die Bildung einer Kartellregierung, das heißt einer Regierung mit sozialistischer Beteiligung vorziehen würde, die die größte Mehrheit in der Kammer erlangen könnte. Inwieweit die Möglichkeit zu einer dazwischenliegenden Regierung gegeben ist, bleibt abzuwarten.

	10. 5.	11. 5.	10. 5.	11. 5.	
Rechts	259	281	Rechts (Ulrich-Georg)	281	280
Links (Soz.)	231	239	Radikale	281	280
Radikale (Ulrich-Georg)	239	239	Radikale (Ulrich-Georg)	281	280
Radikale (Ulrich-Georg)	239	239	Radikale (Ulrich-Georg)	281	280
Radikale (Ulrich-Georg)	239	239	Radikale (Ulrich-Georg)	281	280
Radikale (Ulrich-Georg)	239	239	Radikale (Ulrich-Georg)	281	280

Großer Pfingst-Verkauf!

In allen Abteilungen enorm billige Preise!
Besichtigen Sie unsere Fenster mit den außergewöhnlich billigen Preisen!

Mitglied der Kunden-Kredit
G. m. b. G. (Gartenstraße 67)

SAXONIA

Wollwarenhaus Falk & Posener

Ohlauer Straße 61/63
(am Christophoriplatz)

Senften-Anzeigen

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.
Am 9. Mai 1932 verstarb unser langjähriges
Mitglied, der Arbeiter

Johann Noglik
im Alter von 55 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
die Mitglieder der Ortsgruppe Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, den 12. Mai, nachmittags
3.30 Uhr, vom St. Heinrich-Friedhof, Sirehener Str.
Trauerhaus: Streibener Straße 21.

Danksagung.

Außerstande, jedem einzeln zu danken für die vielen Beweise
herzlicher Teilnahme, sowie für die herrlichen Kreuzspenden beim
Hinscheiden meines lieben guten Mannes, des

früheren Gewerkschaftssekretärs
Gustav Titze

sage ich allen meinen herzlichsten Dank.
Besonders danke ich allen Freunden und Bekannten für die
zahlreiche Beistellung und den Herren Pitsch, Langner, Raiferl
und Zimmer für die tröstlichen Worte.

Breslau, den 11. Mai 1932.

Eise Titze, geb. Domnik.

Beisetzung: Sonnabend, den 14. Mai, vormittags 10 Uhr,
in Gräbschen.

Kremladergeschwür,
Wunden aller Art, Fiachien,
Hämorrhoiden, Hautjucken
heilt die vielbewährte

Heil- u. Kühl- u. Kühlsalbe

hautbild., schmerz-, juckstillend

Hygiea - Apotheke

Breslau, Tauentzienstr. 91,
Ecke Grünstr.

**Druckerei
Volkswacht**

festig
moderne Druckmaschinen
Breslau 2, Flursir. 4/8



Zur **Wohlfahrtspraxis** zugelassen.

H. Klages

prakt. Arztin

Breslau-Pilsnitz, Immelmanstr. 13
Sprechstunden 8-10, 3-5 Tel. 20910

geburts-
verlobungs-
hochzeits-
todes-
ANZEIGEN
lehrt schnell die
Volkswacht-Buchdruckerei
Flursir. 16



Prager schlägt alles!

Bei dem großen Rennen um die
Rekorde ist Prager Sieger. Beweis:
Die riesig ansteigende Käuferzahl
und deren weitere Empfehlung.

**Wer klug ist u. sparsam,
kauft bei Prager!**

In den letzten Tagen konnten wegen
des Riesenandranges leider nicht
alle Kunden bedient werden.
Sollten Sie für Pfingsten Ihren Be-
darf an Herrengarderobe noch
nicht gedeckt haben, bitten wir
um Ihren Besuch. Der nochmalige
Weg wird sich bestimmt lohnen.

Zahlungsvereinfachung durch die Kunden-Kredit G. m. b. H.

Seit
72
Jahren

L. Prager

Herren- u. Knabenbekleidungshaus

Breslau, Albrechtstraße 51 Eingang nur Ecke
Schuhbrücke

Wir sind Leser der
„Volkswacht“

Wir kaufen bei Ihnen, weil Sie
in der „Volkswacht“ inserieren.
Sagt das, wenn Ihr einkauft, Ihr
nutzt uns und damit Euch selbst!

Achtung! **Achtung!**
Auto-, Motorrad- u. Radfahrer

Die Anfahrtsstraße ab **Paradies** nach dem
Kaffeehaus Goldschmieden
ist neu gebaut und dem Verkehr übergeben.
Besitzer: J. P. Tröner.

**Braucht Du Geld,
Sel ohne Sorgen,
Leihhaus Wachtel
Wird Dir borgen**
Geld auf Pfänder aller Art
Schmiedebrücke 64/65, I. Etage - Tel. 24219

Die „Frauenwelt“
den Frauen zum Lesen,
Denken und Schauen!

Frauenwelt

eine Halbmonatsschrift für die
Frau des schaffenden Volkes.
Preis 30 Pf. Zu bestellen
bei allen Zeitungsträgern

Die große Funkillustrierte
für das schaffende Volk:

VOLKSFUNK
Reich illustrierter Textteil,
mit großem Europaprogramm

VOLKSFUNK
Erscheint wöchentl., 48 Seiten
stark, in Kupfertiefdruck

VOLKSFUNK
Einzelnummer 25 Pf., monatl.
96 Pf. einschließl. Bestellgeld

Bestellungen bei den Zeitungsträgern

Ein billiger und praktischer Reiseführer

**Die 12
Arbeiter-
Reise-
und
Wander-
Führer**

Führer durch die schönsten Gebiete Deutsch-
lands und der österröschischen Alpenländer -
Arbeiter-Feldbuchführer über die deutschen
Süden - Zahlreiche Abbildungen und Orts-
heraushebungen - Praktische Winke für ver-
billigte Reisen und Wanderungen - Voll-
ständiges Adressenverzeichnis der Volkshäuser,
Ferienheime der Naturfreunde, der Gewerks-
schaften, der Arbeiterjugend, der Jugendber-
bergen und anderer billiger Unternehmungs-
möglichkeiten - Ein stattlicher Band von
40 Seiten im Taschenformat

Der beste Serienberater

Preis nur
**2
MARK**

Ein höchst fesselndes Kulturgeschichtsbuch

Volkswacht-Buchhandlung, Breslau, Flursir. 4

Motorräder



D-Rad
B.M.W.
D.K.W.

Hiescher & Ahrent
Hilfsing Motorräder
Breslau 5 - Tauentzienplatz 11

FAHRSCHULE KLEIST & CO.

Schloßplatz 6 (Platz der Republik) Telefon 37816

Hartlieber Naziprovoaktion vor dem Schnellschöffengericht

Die Nazi hätten „ganz anders aufgeräumt“ — Warum keine falschfittischen Angeklagten? Staatsanwalt fordert Zuchthaus für provozierte Arbeiter

Zwei Tage vor der Wahl hatten die Nationalsozialisten das dringende Bedürfnis, in Hartlieb, Aretiers und Kletten-dorf Flugblätter zu verteilen. Zu diesem Zweck sammelten sie unter der Führung ihres „Parteiorganen“ Benke einen Trupp von etwa 80 Mann und zogen gemeinsam mit Stöden versehen, durch das bekanntermäßen nicht gerade falschfittisch gesinnte Hartlieb. Schon auf dem Anmarsch kam es, da sie Andersgejunte wie üblich anpöbeln, zu Reibereien, bei der Unterführung zum Südpark beinahe zu einer Schlägerei. In Hartlieb riefen ihnen Kinder dann „Rot Front!“ zu, worauf die deutsche Volksgemeinde ins Hoch aufruf und sich gegen die Kinder zu entladen drohte. Hartlieber Kommunisten hatten aber keine Lust, sich auf diese Weise über die Vorgänge des Dritten Reiches belehren zu lassen und stellten sich den in Hartlieb sehr unerwünschten Gästen entgegen. Es kam zu einem Streit, zu tätlichen Auseinandersetzungen, bei denen Faustklauen, Steine, Fahrradpumpen und andere greifbare Gegenstände als Waffen benutzt wurden. Und die tapferen Kinder wahrhaft deutscher Mannhaftigkeit, obwohl in mehrfacher Uebermacht, ausriffen wie Schafleder. Es gab einige Verletzte und am Mittwoch ein Verfahren gegen einige auf der Stelle verhaftete kommunistische Arbeiter aus Hartlieb.

Besonders an diesem Verfahren ist, daß nicht etwa Gleichermäßen gegen die Nazis, die mit ihrem achselstehenden Aufmarsch mindestens auch gegen die Notverordnung zum Schutz gegen politische Ausschreitungen verstoßen und ganz unzweifelhaft provoziert hatten, sondern lediglich gegen einige Kommunisten, die von den Nazis selber namhaft gemacht worden waren. Anklage wegen schwerem Landfriedensbruch, Körperverletzung und Verbrechen gegen die Notverordnung erhoben worden. Die Nationalsozialisten traten daher in stiellicher Anzahl als Belastungszeugen auf, sagten aber trotz entsprechender einseitiger Darstellungsversuche verhältnismäßig wenig Positives aus, wofür ihre Parteifreunde im Zuhörerraum sie mit allerhand Reizen bedachten.

Wie friedlich, die heldenhaften Kinder neudeutschen Heldentums — sie rissen aus, obwohl den etwa 70 Nazi nur gegen 16 Hartlieber Arbeiter entzogen waren — gesehen waren, sind besonders aus der Aussage ihres Ober-Flugblattverteilers Benke hervor, der auf Anfrage mit herzerfrischender Offenheit erklärte:

„Wenn wir darauf ausgegangen wären, in Hartlieb aufzuräumen, dann hätten wir ganz gehörig aufgeräumt, dann hätte es nicht bei uns, sondern drüben mindestens dreißig Verletzte gegeben.“

Die Frage, warum denn nun eigentlich, trotzdem diese läbliche Absicht dieses Mal nicht bestanden habe, eigentlich so viele Flugblattverteiler mit Stöden bewaffnet waren, warum überhaupt zum Flugblattverteilen ein derartiges Massenaufgebot notwendig gewesen ist, fand im Laufe der recht ausgedehnten Beweisaufnahme hingegen keine Beantwortung.

Von einem unbeteiligten Zeugen wurde der Angeklagte Schulmann stark entlastet, daß er bestimmt an der Schlägerei nicht beteiligt war, während die anderen Angeklagten von den Nazigeugen, die sie fast nur als „Banditen“ bezeichneten, hart befaßten. Der Forderung des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Bach, diese Zeugen wegen Verdachts der Mittäterschaft an dem Landfriedensbruch nicht zu verurteilen, wurde leider von dem Schnellschöffengericht unter Vorbehalt von Landgerichtsdirektor Hüchlerfeld nicht stattgegeben und so ihre naturgemäß parteiischen Aussagen wie üblich als eintönige Befundungen maßgeblich in die Beurteilung des ganzen Vorfalls eingestellt. Staatsanwaltschaftsrat Menzel war offenbar bestrebt, dem „Anhm“ seines Kollegen Kothowski nachzueifern und beantragte wegen schweren Landfriedensbruch, Rädelsführerschaft hierzu und Körperverletzung und Vergehen gegen die Notverordnung zur Sicherung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

dem Angeklagten Paul Weisner unter Verlesung mildernder Umstände ein Jahr fünf Monate Zuchthaus und zwei Jahre Ehrverlust. Gegen Fritz Weisner ein Jahr fünf Monate Gefängnis, gegen die drei weiteren Angeklagten je ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Rechtsanwalt Dr. Bach forderte die Freisprechung sämtlicher Angeklagten, indem er nachdrücklich darauf verwies, daß die Angeklagten nur durch ihre janaitischen Gegner befaßt wurden, die jedoch selbst sehr aktiv tätig waren, unbedingt in geschlossenen Aufzug in das Dorf eingebrungen waren und Andersgejunte angepöbeln hatten. Daher befanden sich die Angeklagten nicht im Angriff, sondern in der Abwehr. Dr. Bach befristete sich jedoch noch mit den ganz ungeheuren Strafentwürfen, die durch die Beweisaufnahme keineswegs gerechtfertigt seien.

Das Schnellschöffengericht sprach den Angeklagten Schulmann, da ihm die Beteiligung nicht nachzuweisen sei bzw. eine Verwahrung in diesem Falle möglich sei, frei, verurteilte jedoch wegen schwerem Landfriedensbruch in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung Paul Weisner zu einem Jahr, Fritz Weisner zu zehn Monaten Gefängnis; wegen schwerem Landfriedensbruch die Angeklagten Adametz zu vier und Schulmann zu fünf Monaten Gefängnis bei Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft und Aufhebung der Haftbefehle. Der Vorsitzende betonte in der Begründung, daß die Ursache dieses Zusammenstoßes allerdings in dem provozierenden Verhalten der Nazis zu suchen sei. Am so weniger wird man verstehen, daß bei den vier Verurteilten schwerer Landfriedensbruch der — allerdings für dieses Delikt milden — Strafe zugrunde gelegt wurde, insbesondere wenn man diese Hezerei mit der unerhörten Gewalttat von Bantau und deren gerichtliche Erledigung vergleicht.

Der Raubüberfall auf einen Geldbriefträger Staatsanwalt für mildes Urteil, das Gericht legt höhere Strafen fest

Das Erweiterte Schöffengericht verurteilte den 27 Jahre alten Dentisten Erwin Hackmann wegen versuchten Raubes unter Verlesung mildernder Umstände zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus und seinem Bruder, den 24 Jahre alten Bäcker Friedrich Hackmann wegen versuchten Raubes und gefährlicher Körperverletzung zu zwei Jahren acht Monaten Zuchthaus. Beiden wurden auch die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren abgesprochen.

Bei der zur Anklage stehenden Strafsache handelt es sich um jenen verwerflichen Raubüberfall auf den Geldbriefträger Geilrich, der am Vormittag des 26. August vorigen Jahres ausgeführt wurde und der unter der Bedrohung eine große Empörung hervorrief. Nach der Tat waren die beiden Räuber geflüchtet und erst im Februar dieses Jahres konnte der eine der Räuber in Mainz, der andere in Oppeln verhaftet werden. Im August vorigen Jahres waren die beiden Brüder von Oppeln nach Breslau mit der Absicht gekommen, hier einen Geldbriefträger zu überfallen, denn beide befanden sich in wirtschaftlicher Not. Zu vier verschiedenen Malen hatten sie bereits solche Ueberfälle vorbereitet, indem sie an vier verschiedenen Stellen die besterhaltene Zimmer gemietet und an sich selbst Nachnahmebriefe abgeschickt hatten. Auf diese Weise wollten sie es erreichen, daß der Geldbriefträger in ihr Zimmer kam. Doch immer kam ihnen etwas dazwischen. Immer wurde ihr Plan durch eine Zufälligkeit vereitelt. Die Zimmer hatten sie selbstverständlich unter falschem Namen gemietet und unter falschem Namen bezogen sie dann auch ein Zimmer im Gartenhause des Grundstücks Augustastraße 180. Die Nachnahmebriefe hatten sie auch an sich adressiert und so erschien der Geldbriefträger an dem genannten Tage in ihrem Zimmer, um den Betrag einzuziehen. Raum hatte der Beamte den Raum betreten, verlegte ihm Friedrich Hackmann mit einem Hammer einen Schlag auf den Kopf. Nur dadurch, daß der Beamte die Mütze auf dem Kopf hatte, und der Räuber etwas kleiner war wie der Beamte, traf ihn der Schlag nicht mit voller Wucht. Auf die Hilferufe des Geldbriefträgers flohen die beiden Räuber, so daß, als andere Personen hinzukamen, dieselben nicht mehr gefaßt werden konnten. Gestaubt wurde dem Geldbriefträger nichts.

Die Nachforschungen nach den Räubern waren recht schwierig, da sie falsche Namen angegeben hatten. Wie sich dann später ergab, waren beide von Breslau nach Oppeln zu Fuß gelaufen. Friedrich H. hatte die Absicht, nach dem Balkan auszuwandern. Er machte jedoch in Wien Recht und fuhr zu seiner Mutter nach Mainz. Der ältere hielt sich in verschiedenen Orten Oberhessens und auch in Oppeln auf. Anzweihgen waren hier in Breslau zirka vierzig Personen in den Verdacht gekommen, die Räuber zu sein, und ein junger Mensch wurde sogar verhaftet. Endlich war es mit Hilfe der zurückgelassenen Kleidungsstücke und des Hammers möglich, die Namen der Täter festzustellen. Während Erwin Hackmann unbedeutend vorbestraft ist, ist Friedrich H. noch unbestraft. Doch gerade der letztere hatte sich erheblich aktiver betätigt, er hatte zwei anderen Zimmervermietern Beträge von fünf und zehn Mark unter falscher Vorpiegelung abgehört und bei einer weiteren Vermieterin auch Kleidungsstücke gestohlen. Schließlich war er es auch, der den ahnungslosen Geldbriefträger mit dem Hammer niederschlugen hatte. Die Verletzungen des Geldbriefträgers waren ziemlich erheblich, er war ein halbes Jahr dienstunfähig und hat auch jetzt noch unter der Verletzung zu leiden.

Die beiden Angeklagten waren im wesentlichen gekündigt. Sie bezeichnen ihre Tat als eine Verzweiflungstat und behaupten auch durch die Gerichtsverhandlung nicht davon überzeugt werden zu können, daß sie auch Willkuren andere, denen es noch viel schlechter geht,

nicht einfach ihre Mitmenschen niederschlagen dürfen. Der Staatsanwalt sah die Sache verhältnismäßig milde an und wollte ihnen mildernde Umstände zugebilligt wissen, indem er eineinhalb Jahre und ein Jahr sieben Monate Gefängnis beantragte.

Das Urteil lautete wie bereits oben angegeben, indem das Gericht ausdrücklich betonte, daß man für die Tat nirgends mildernde Umstände finden könne. Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Not teilen sie mit hunderten anderen arbeitslosen Mitmenschen. Sie haben aber den Raub schon von langer Hand vorbereitet, wobei es ihnen nicht darauf ankam, einen Menschen aus dem Wege zu räumen. Daß der Schlag mit dem Hammer nicht schwerere Folgen gehabt hat, ist nicht das Verdienst der

Wirre Nazireden in leerer Jahrhunderthalle Sessli Schönwälder macht wilde Phrasen und Gauleiter Schemm macht es mit dem lieben Gott

In der Jahrhunderthalle gaben sich gestern Abend die Breslauer Nazis ein Stelldichein. Das heißt, sie wollten sich einig geben, aber die Leute, die damit gerechnet hatten, daß am 25. April die Hitlerzulage ausgezahlt, die Mieten erlassen und das dritte Reich eröffnet sein würde, die kamen gestern nicht mehr nach Scheinzig und so blieb das Häuflein recht klein. Die Orgeltribüne blieb vollständig leer, die Seitengalerien ebenfalls. Die Bantreihen zu beiden Seiten der festen Plätze und der Heuboden waren auch unbesetzt und in den Lücken der Mittelplätze waren noch ganz gut 1000 bis 2000 Leute unterzubringen gemögen. Es war also eine kalte Stimmung in jeder Beziehung. Die längsten Gesichter hielten immer Ausschau nach dem Eingang, ob noch was kommen würde, aber es kam nie.

Uhr die Rednerkanonen im Sturmjüritz Einzug hielten, was angesichts der leeren Bänke sehr geräuschlos vor sich ging. Zuerst donnerte die Breslauer Primadonna „Steinmehgehülse“ Sessli Schönwälder ins Mikrophon. Das eigentliche Thema „Was geht in Preußen vor?“ war mit ein paar bekannten Sätzen erledigt. Sessli forderte den Ministerpräsidenten, den Innenminister und den Justizminister. Man merkte aber an der schnellen Erledigung dieses Hauptthemas, daß Sessli nur die bekannten Phrasen herjagen durfte, neben einigen Föbeleien gegen das Zentrum, weil er offenbar zu der Clique gehört, die hier jetzt vor positiver Arbeit drücken möchte. Erst mußte die absolute Mehrheit erobert werden und dann wäre Schlus mit den Wahlen.

Alles andere von Seppels Rede war ein wichtiges Durcheinander. Er tobte auf den Intendanten Barnay von den Vereinigten Theatern, dem man bei der Nachbesserung auch zeigen würde, was eine Harte ist, weil er nicht Nazi werden will und auch der Breslauer Magistrat bekam sein Fett weg, weil verschiedene besoldete Stadträte auf 10 Jahre neugewählt würden.

Auffallend war es, daß Schönwälder nicht ein einziges Mal den Namen Hitler aussprach. Das fiel sogar einigen herumstehenden Nazis auf und ließ sie Betrachter ansetzen, die nicht sehr schmeichelt für das Renommee des „Steinmehgehülse“ waren. Der zweite Redner, Hans Schemm, seines Zeichens Gauleiter in Obertranten und Vorsitzender des Nazi-Lehrerbundes machte Jesajagen in Kultur und kam damit besonders gut um die im Augenblick viel mehr interessierenden Tagesfragen herum. Zunächst erläuterte er Hitlers Rezept einmal. Er, der große Adolf, freit sich mit einem Magneten über das

Angeschlagen, sondern einem reinen Zufall zu danken. Die Haftbefehle gegen die Angeklagten wurden aufrecht erhalten. Die erkannten hohen Strafen kamen ihnen ganz unerwartet; sie hatten wohl schon mit dem vom Staatsanwalt beantragten Gefängnisstrafen gerechnet und deshalb fingen sie nach der Urteilsverkündung an zu schimpfen. Besonders Erwin H. bezeichnete die Urteile als Skandalös.

„Missverständnisse“ im Pressezimmer

Die Nazizeitung hatte kürzlich einmal die Behauptung aufgestellt, daß der Magistrat bzw. einzelne Magistratsfunktionäre keine „weiße Weste“ hätten, da sie von Breslauer Firmen Präsentkörbe annehmen. Da dieser Vorwurf natürlich der Brandmarkung des „Systems“ dienen sollte, aber leider auf einer irrtümlichen Information beruhte, erwirkten der Magistrat bzw. der Oberbürgermeister, Obermagistratsrat Weiß und Baurat Bruchmann eine einseitige Verfügung, daß diese Behauptung nicht mehr wiederholt werden darf.

In den Beweisaufnahmen des hierzu gehörigen Prozesses konnte man interessante Feststellungen über die Art der Informationsquellen des Naziblattes und die üppige Phantastie in diesen Kreisen treffen. In dem Zimmer das den Vertretern sämtlicher Tageszeitungen bei Gericht zur Verfügung gestellt ist, hatte nämlich ein deutschnationaler Berichterstatter je nebenbei von einer Firma gesprochen, die ihren Angestellten zu Weihnachten Präsentkörbe schenke. Ohne Zusammenhang damit wurde in dem ganz harmlosen Gespräch auch erwähnt, daß diese Firma Lieferungen an den Magistrat habe. Daraus fabrizierte nun Herr Weichmann, der Naziberichterstatter bei Gericht, den Artikel über die angeblich belackerte Weste des Magistrats, indem er wahrhaft genial von den Präsentkörben auf den Magistrat schloß und mit den offenbar für das Dritte Reich in Frage kommenden Zeitungen verband.

Der Prozeß geht noch weiter; über die Methoden des Naziblattes aber ist das Urteil mit dieser Feststellung schon gesprochen.

Zodessopfer des Verkehrs

Nicht Tote im Monat — Starke Steigerung des Kraftverkehrs

Wie im Vorjahre, so mußten auch im vergangenen Monat April wieder acht Breslauer ihr Leben dem graumägen Moloch „Verkehrsunfall“ opfern. Alle Altersklassen waren beteiligt, ein Kind, fünf Personen im Alter zwischen 16 und 60 Jahren und zwei Personen im Alter von über 60 Jahren. Die Zahl der Verletzten bezifferte sich auf 187, von denen 70 von der Unfallstelle sofort in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Im Vorjahre waren die Unfallziffern auch schon erschreckend hoch, doch wurden damals in Breslau nur 167 Personen verletzt.

Bei den 303 Unfällen des Monats März hat die Außerachtlassung des Vorjahresrechts den größten Anteil mit 42 Unfällen, daß zu schnelle Fahren solgt mit 30 Unfällen dicht hinterher und das vorschriftswidrige Einbiegen brachte es mit 29 Unfällen auf einen ebenfalls sehr beträchtlichen Rekord. Wenn außerdem 34 Unfälle auf die Unachtsamkeit der Fußgänger auf der Fahrbahn zurückzuführen sind, so ergibt sich daraus, wie häufig auch in dieser Beziehung gehandelt wird.

Bemerkenswert ist auch, daß im April wieder sechs Kraftfahrern die Führerqualifikation entzogen werden mußte, weil sie sich durch Trunkenheit oder Führerflucht als unzuverlässig erwiesen haben.

Schließlich wurden noch 860 Personen wegen Uebersetzung der verkehrspolizeilichen Bestimmungen angezeigt, und zwar 180 Kraftfahrer, 25 Fuhrwerkseifer, 307 Radfahrer und 39 Fußgänger. Die Radfahrer sind also hier immer noch an der Spitze.

Eine ganz außergewöhnliche Steigerung des Kraftverkehrs trat im April durch die Anmeldung von Kraftfahrzeugen in Erscheinung. Im ganzen wurden für 1770 Fahrzeuge, darunter über tausend Motorräder, die Zulassung beantragt, so daß die Verkehrsabteilung im Polizeipräsidium verhärtet werden mußte, um den Massenandrang bewältigen zu können. Da sich unter den neu angemeldeten Fahrzeugen aber nur 160 jährigene befanden, befristete sich die Annahme, daß die im Herbst erfolgten Abmeldungen nur vorübergehender Art waren. Am 30. April betrug die Zahl der in Breslau zugelassenen Kraftfahrzeuge 11 873. Am gleichen Tage des Vorjahres waren es 10 617, so daß sich die Zahl der in Breslau benutzten Kraftfahrzeuge im Laufe eines Jahres immerhin um über 1200 erhöht hat.

deutsche Volk. (Andere Anstreicher machen es mit dem Pinsel.) Der Magnet ist mit Anziehungskräften, wie Kaffe, Treue, Vaterlandsliebe usw. usw. geladen und wenn er so über das Volk streicht, da zieht er eben alles an, was Kaffe ist. (Da mukten sogar die Nazi-Zuhörer lachen.) Und mit dem Magneten wird Adolf solange streichen, bis er alles angezogen hat, auch die Lumben, die nach Meinung Schemms bis jetzt von dem demokratischen Magneten angezogen worden sind, dessen Anziehungskraft aus Prozenten, Dividenden usw. bestanden. Und dann donnerte Schemm los, wie ein fanatischer evangelischer Pastor, entwickelte das Thema „Gott ist die Liebe und die Liebe ist Gott“. Und als er gar anfang, die Schluß zu brandmarken, da trat eine bestemmende Stille ein und einer nach dem andern tittarte auf leisen Sohlen aus der Halle. Das paßt absolut nicht in das bisherige Rezept, denn nach den bis jetzt losgelassenen Neben sollte doch jeder immer was für sich bekommen. Da kommt nun plötzlich ein Gauleiter und schimpft und verkündet, daß man vor dem höheren Richterstuhl wird Rechenschaft ablegen müssen, was man für die andern getan hat.

Herr Schemm hat gemäß manchen antändigen Grundjatz verkreien, aber eben deshalb war seine Rede auch von eifrigem Schweigen begleitet, denn man hat doch seinen Anhang eben nur deshalb zusammen bekommen, weil man jedem einzelnen irgend einen persönlichen Vorteil versprochen hat. Sehr beachtenswert war es, daß Schemm auch darauf hinwies, daß jeder die Nazi-grundjatz fest in sich verankert haben müsse und nicht wankend werden dürfe, wenn die Partei aus taktischen oder strategischen Gründen irgendwelche Maßnahmen treffe, die oberflächlich gesehen nicht gleich zu verstehen und mit programmatischen Uebeln in Einklang zu bringen wären. Das war wirklich mehr, als gedämpfter Trommelschlag, und wer die zusammengelaufenen Nazihäufen kennt, der weiß, was solche pastoralen Ermahnungen zu bedeuten haben und bewirken sollen.

Gauleiter Schemm blieb mit seiner Rede jedenfalls ein Magnet ohne Anziehungskraft. Wenn auch so fest getreten wird, da ist es ja kein Wunder, wenn Deutschland wieder schlafen geht, statt zu erwachen. Die Herde hinter Hitler war doch bloß es-wacht, weil jeder etwas versprochen bekommen hat. Schemm wird nächstes Mal, nur noch im „Schlachwender“ zu reden brauchen, denn von den 3000 bis 3500 Leuten, die die Polizei gestern in der Jahrhunderthalle gefaßt hat, geben nächstes Mal nur noch die Hälfte hin, da sich die anderen unter dem Dritten Reich etwas ganz anderes vorgestellt haben als der Gauleiter Schemm.

Was ist das für eine Arbeiterpartei?

Nationalsozialistischer Betriebs-, „Sozialismus“

Arbeitgeber werden geschont und informiert – Arbeiterfunktionäre bespitzelt und denunziert Die National-, „Sozialisten“ organisieren eine gelbe Streifberggarde

Der bekannte gütige Wind wehte uns ein Original-Rundschreiben zu, welches einwandfrei feststellt, daß die Nationalsozialisten erkannt haben, daß die sozialistische Bewegung, Partei und Gewerkschaften, fast unerschütterter aus den Wahlkämpfen der letzten Zeit gegangen ist. Die Macht der Gewerkschaften ist trotz Wirtschaftsnöte und Arbeitslosigkeit ungebrochen, wenn auch zur Zeit beengt. Die Nationalsozialisten fühlen, daß nur in der jetzigen Zeit eine hemmungslose Agitation fruchtbar sein kann, um politisch unreife und schwankende Arbeitnehmer für die gelbe arbeitgeberfreundliche Betriebszellenbewegung einzufangen.

Brutal und offen wird in dem Rundschreiben ausgesprochen, daß zur Betreibung dieser Politik und zur Erreichung ihres politischen Ziel ein Mittel, und sei es das schäblichste, gesucht werden darf.

Es stehen nach dem Rundschreiben einwandfrei folgende Tatsachen fest:

Die Betriebszellen-Organisation soll kein Gewerkschaftsersatz werden.

Streikunterstützung, selbst bei berechtigtem Streik, gibt es nicht.

Bedenken der Arbeitgeber sind zu zerstreuen.

In den Betriebszellen sind die Arbeitgeber und Leiter zu zähmen.

Wenn aber dazu gezwungen, dann in recht maßvoller Form.

Die Gewerkschafts- und Parteifunktionäre sind herunterzu-
reizen.

Das Privatleben der Gegner soll an die Öffentlichkeit
bezogen werden.

Der persönliche Reiz und das Minderwertigkeitsgefühl beim
Arbeiter soll geweckt werden.

Das Betriebsratsgesetz soll aus Taktik zum Dummensinn
belehrt werden.

Gewerkschafts-Nazis sollen im Einvernehmen mit den Arbeit-
gebern eingeschleust werden, um die Betriebszellen zu lächer-
lichen.

Die Adressen und Photos aller Gewerkschaftsfunktionäre
sollen gesammelt werden.

Die Arbeitgeber sollen durch Spitzeldienste nationalsozialisti-
scher Agenten dauernd auf dem Laufenden gehalten
werden.

Am Tage der Nachtzerstörung wird mit den im Nazi-
Adressbuch verzeichneten Funktionären ein für allemal aus-
geräumt werden.

Eventuelle Lohnsenkungsaktionen der Arbeitgeber werden
die Nazis immer das nötige Verständnis entgegen-
bringen.

Das soll ausdrücklich den Arbeitgebern eingepaukt werden.
Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Diese gelbe, arbeitgeberfreundliche Sumpfpflanze will jetzt
in den Betrieben Fuß fassen. Da die Nazi-Betriebszellen nur
im Interesse der Reaktionäre tätig sind, so steht euch die
Leute genau an, die euch mit läugerischen Angaben über
die Sonjenghälter oder Bettstubegeheimnisse die Hirne ver-
nebeln wollen.

Wer nach Veröffentlichung des oben wiedergegebenen Rund-
schreibens die arbeiterfeindliche Rolle der Nationalsozialisten
noch nicht erkannt hat, dem muß es an gesundem Menschen-
verstand fehlen.

Partei- und Gewerkschaftsgenossen! Jetzt gilt erst recht:

**Geschlossenheit, Abwehr und endgültige Nieder-
drückung der arbeiterbetrügerischen Nazipost!**

Abkürzung!

Betr. Vertrauliche Richtlinien zur Durchführung unseres Kampfes
im Entscheidungsjahr 1932 gegen Betriebs-Markismus.

Reichsleitung der NSDAP.

Reichsbetriebs-Zellen-Abtl. der Org.-Abt. I München, Karls-
straße 14.

Nur für Gau- und Bezirks-L.

Einleitung:

Es ist wiederholt in Rundschreiben sowohl auch in Führer-
besprechungen betont worden, daß die NSD. keine Gewerkschaft
ist, auch nicht der Vorläufer einer solchen. Die NSD. ist nichts
weiter als die besondere spezifische Waffe zur Eroberung der
Macht durch Niederdrückung des Betriebsmarkismus. National-
sozialisten schließen sich nur zu dem Zweck in der NSD. zu-
sammen, um Idee- und Weltanschauung in die Betriebe zu tragen.
Als Gewerkschaft ist die NSD. schon durch die Feststellung des
Reichsarbeitsgerichts nicht anerkannt. Es kann also auch logischer-
weise keine Arbeitsgerichtsvertretung durch die NSD. statt-
finden.

**Ebenfalls können bei Streiks keine Unter-
stützungen gezahlt werden. Allerdings kommen
in Streikfälle wenig oder fast gar nicht in
Betracht. Bedenken dieserhalb sind bei den
Herren Bgs.-Arbeitgebern zu zerstreuen.**

Reaktionen im Jahre 1932.

Es muß jedem einzelnen Bg., der im Betrieb beschäftigt ist,
zur unumgänglichen Pflicht gemacht werden, der NSD. an-
zugehören. Bgs., die im Betrieb noch keine Zelle haben, müssen
versuchen, unter allen Umständen eine solche zu schaffen. Sollen
sich Bgs. aus unüberwindlichen Gründen weigern, einer solchen
beizutreten oder dieselbe zu organisieren, so ist dem betreffenden
Bgs. mitzuteilen, daß Antrag auf Ausschluss beim Wahl-
des Gau, gemäß § 4 Abs. 1b, gestellt werden kann, wenn er
weiter auf seiner Beharrlichkeit beharren sollte.

Von den einzelnen Gau-Bez. und Wgl. muß eine Betriebs-
veranbarung organisiert werden, und zwar so, daß eine die
andere abholt. Als Rechner kommen nur solche Bgs. in Frage,
die sich besonders für Arbeitervereinsarbeiten eignen und die
Tätigkeit des Arbeiters genau kennen.

In einer Betriebszelle aus eigener Kraft heraus sollen eine
Betriebszellenleitung einzuhalten, so braucht hierzu die Orts-
gruppenleitung lediglich verständigt und herangezogen werden.
Sollen müssen sämtliche Ortsgruppen in Verbindung mit der
NSD. die Betriebszellenorganisation organisieren. Die Betriebe
sollen nur allen Dingen ständig mit Gruppenleitern, Betreibern
Zellenarbeit beauftragt werden.

**Herren eigene Betriebszellenorganisationen herauszugeben,
so sind in den Betrieben und im Gau zu**

Herren Arbeitgeber und leitenden Beamten
(außer es seien Juden) nach größter Möglichkeit
nicht zu kritisieren. Ist es unumgänglich not-
wendig, dann in maßvoller Form.

In Betriebszellen ist vor allem aufs schärfste das heutige
System anzukritikeln, sowie die arbeitgeberfreundliche Politik der
Gewerkschafts- und SPD.-Bongzen. Gerade das letztere leuchtet
dem Arbeiter am besten ein. So z. B. Lebensweise und
Gehalt der Bongzen (insbesondere ist das Privatleben
dieselben zu beobachten, ihr Werdegang usw.). Hier muß vor
allen Dingen verstanden werden, die soziale Lage des
Arbeiters der der Bongzen gegenüberzustellen und deren
einzigster Beruf.

**Wir dürfen in der Politik kein Mittel scheuen
und gerade die Bedung persönlicher Reizes
und Minderwertigkeitsgefühle beim Arbeiter**

führen oft später zur Reife politischer Erkenntnis. Ist es bei
zu großer Interessiertheit der Betriebsbelegschaft nicht anders
möglich, so muß das Propagandamaterial eine Zeitlang kosten-
los in die Betriebe gemorfen werden.

**Tätigkeit und besondere Aufgaben der NSD.-
Betriebsräte.**

Die NSD.-Betriebsräte sind in ganz besonderem Sinn
Amtswalter. Jeder nationalsozialistische Betriebsrat ist ein vor-
geschobener Posten in den vordersten feindlichen Linien.

Der NSD.-Betriebsrat ist in erster und letzter
Linie nur der Partei und Bewegung verant-
wortlich. Die Anordnungen des Führers und
der Partei sind allein für ihn maßgebend. Das
Betriebsratsgesetz ist nur eine Frage der Taktik
für denselben.

Die vornehmste Aufgabe des Nationalsozialisten im Betrieb ist
der Kampf für unsere Bewegung und die Vernichtung des
Feindes, ganz gleich, in welcher Gestalt uns der Feind auch
entgegentritt, ob KPD, NSD. oder die sozialdemokratischen und
die sich in ihrem Schlepptau befindlichen halbmarxistischen, so-
genannten christlichen Gewerkschaften.

**Die akute Gefahr droht nun weniger von seiten
der KPD, und KPD., als von seiten der von
den Sozialdemokraten geführten Gewerkschaften.**

Hier hat der Kampf einzusetzen. Daß dieser Kampf nur mit
besonderen Mitteln geführt werden kann, liegt auf
Grund unserer zahlenmäßigen Schwäche in den Betrieben, auf
der Hand. Vor allen Dingen muß deshalb versucht werden, diese
zahlenmäßige Schwäche zu heben. Dieses geschieht am besten mit
den NSD. angehörigen Erwerbslosen; die national-
sozialistischen Betriebsräte müssen es verstehen, erwerbslose Bgs. in
die Betriebe zu bringen. Um dieses zu erreichen, ist es not-
wendig, daß der Betriebsrat mit den einzelnen Zellenmitgliedern

immer enge Fühlung behält. Nur so kann immer auf schnell-
stem Wege festgestellt werden, wo ein Arbeitsplatz frei wird, oder
ein solcher frei gemacht werden könnte.

**Jeder Nationalsozialist ist ferner verpflichtet,
im Betrieb jeden Marginal-Funktionär, gleich-
gültig welcher Schattierung, mit genauer
Adresse festzustellen.**

Wenn irgend möglich, muß versucht werden, von jedem dieser
Leute eine Photographie zu beschaffen. Das gesamte
Adressenmaterial, Photos usw. ist über den Gau an den
„Sonderdienst“ weiterzugeben (Abteilung I NS.,
11 München). Die Hauptfrage ist schon, wenn nur geknipst ist,
das übrige erledigt dann die technische Abteilung.

**Ist der Arbeitgeber Bg., so steht demselben das
Recht zu, dauernd auf dem Laufenden gehalten
zu werden.**

Auf diese Weise ist es möglich, daß die einzelnen Betriebe nach
und nach von all den schädlichen Elementen gesäubert werden
und eine große Anzahl unserer Bgs. in den Betrieben Arbeit
finden wird. Auch dürfte solches Adressenmaterial nach unserer
Machtergreifung von großer Bedeutung sein, um mit den Feinden
des deutschen Volkes ein für allemal aufzuräumen. Daß die Be-
schaffung dieses Materials natürlich äußerster Vorsicht bedarf,
braucht nicht näher erörtert zu werden.

**Wichtig ist noch, die Herren Bgs.-Arbeitnehmer
darauf hinzuweisen, daß bei eventuellen Lohn-
senkungsaktionen eine nationalsozialistische Be-
legenschaft der wirtschaftlichen Lage immer ein
anderes Verständnis entgegenbringen würde
als eine marxistisch verhehte.**

Schlussbemerkung:

Die Reichsleitung der NSD. hofft, daß die einzelnen Bgs.
in Zukunft alle Kräfte daran setzen werden, obige Voraus-
setzungen zu erfüllen. Der Jude Markos hat einmal von der
Ableitungsfähigkeit des deutschen Arbeiters gesprochen. Es wäre ein
unermesslicher Fehler, wenn man die Richtigkeit dieses Aus-
spruches übersehen würde.

Je früher wir es verstehen, diese Ableitungsfähigkeit in den
Dienst der Nation zu stellen, desto mehr wird es uns gelingen,
die Macht im Staat zu ergreifen und diesem verfaulenden System
den Todesstoß zu verlegen.

**Auch hat der Kapp-Putsch uns gezeigt, wie
wichtig die Herrschaft über die Betriebe ist.**

Hier können wir nur von der KPD. lernen. Es dürfte uns
auch viel leichter als der KPD. fallen, die Betriebe zu erobern
auf Grund unserer starken finanziellen Kraft und unseres gut
ausgebauten Propagandaapparates.

Also Bgs. auf in den Entscheidungskampf 1932. Laßt uns
kämpfen und der Sieg ist unser!

Vorstandssitzung des ZGB. verschoben

Die Vorstandssitzung des ZGB., die im Laufe dieser
Woche in Berlin stattfinden sollte, ist bis Anfang Juni
verschoben worden. Sie wird sich vor allem mit der
Reparationsfrage in Verbindung mit der Konferenz von
Lausanne und dem diesbezüglichen Antrag der Arbeitergruppe
auf der letzten Internationalen Arbeiterversammlung be-
schäftigen. Außerdem stehen auf der Tagesordnung die Besprechung des
Entwurfes der sozialpolitischen Richtlinien des ZGB., die
Tragen des Vierländerkomitees, des Antirriegeskomitees und der
gemeinsamen Abrüstungskonferenz mit der Sozialpolitischen
Arbeiterinternationale. An den Besprechungen werden neben
dem Generalsekretär alle Vorstandsmitglieder des ZGB. teil-
nehmen.

Sachsen will seine Regiebetriebe verramschen

Eine Beratung des Gesamtverbandes

Die von der sächsischen Regierung auf Grund
eines Regierungsbeschlusses des Landtags gegen die Regie-
betriebe erlassene Verordnung beschaffte dieser Tage
eine dem Gesamtverband nach Dresden einberufene
Konferenz der Betriebsräte gemeindlicher Betriebe
für den Freistaat Sachsen.

Die Verordnung empfiehlt der Aufsichtsbehörde, überall
dort, wo Festbeträge in Gemeinden vorhanden sind, zu prüfen,
ob das Defizit sich nicht durch Verkauf oder Stilllegung der Wirt-
schaftsbetriebe der Gemeinden beheben läßt. Im Verlauf der
Ausprache wurde auf der Konferenz darauf aufmerksam
gemacht, daß es mit der Kreditgewährung an den
selbständigen Mittelstand sehr hohe bestellt gewesen
wäre, wenn es keine Regiebetriebe gegeben hätte. Die staat-
lichen Regiebetriebe seien schon deshalb notwendig, um die
Kreditbildung privater Unternehmer zu unterstützen.

Die von der Konferenz angenommene Entschließung warnt
dringend vor dem Abbau der Regiebetriebe.

Ein Erfolg der Dresdener Bauarbeiter

Wachst auf die Höhe abgeklungen

Die Dresdener Bauarbeiter haben sich eine
Schleuse erbaut. Sie hatten, da die Arbeiterordnungsbehörde am
1. April abhielt, verlangt, daß ab 2. Mai der Stundenlohn für
Bauarbeiter von 1,15 Mark auf 1,25 Pfennig und der der Hilfs-
arbeiter auf 71 Pfennig herabgesetzt werde, und angeht, daß
das ein halbes Jahr in Kraft stehender Tariflohn für die Zwischenzeit
nicht verändert werde. Da die Arbeiter nicht nachgaben, wurden
sie am 1. Mai entlassen. Der Bürgerverband der Arbeiter
daraufhin eine Reihe von Firmen. Bald darauf erklärten
sich verschiedene Arbeitgeber bereit, die Höhe, die der Schlichter
festsetzte, zu bezahlen. Die Front der Arbeitgeber bröckelte
sogar ab. Die allgemeine Haltung der Bauarbeiter hatte Erfolg.

Die Aussperrung im Kölner Installationsgewerbe

ist beendet. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Das Vor-
haben der Unternehmer, den Lohn um 30 Pfg. pro Stunde zu
heben, ist an dem geschlossenen Widerstand der organisierten
Arbeiter gescheitert. Bei Wiederaufnahme der Arbeit wird ein
Lohn von 1,20 RM. pro Stunde gezahlt. Auch im Kölner
Zentralheizungs-gewerbe gelang es den Arbeitern, teilweise durch
Streik ein Lohnstundtarif der Unternehmer, das einen Abbau um
30 Pfg. pro Stunde bringen sollte, abzuwehren.

Vorübergehende Betriebsstilllegung bei der Königshütte

Königshütte, 10. Mai.

Das Walzwerk der Königshütte wird bis zum 17. Mai
stillgelegt. Gegenwärtig arbeiten nur die Hochöfen und Koks-
werke mit einer 50prozentigen Belegschaft. Insgesamt arbeiten
nur 600 Arbeiter, während 3000 feiern.

Mostau wird unwillig

NSD. bekommt Stößbrigaden

Die starken Verluste der revolutionären Ge-
werkschafts-Opposition und der kommunistischen Ein-
heitsverbände bei den letzten Betriebsratswahlen und der außer-
ordentlich große Mitgliederabgang haben die Rote Gewerkschafts-
Internationale in Mostau veranlaßt, sogenannte Stößbrigaden
in Deutschland anzulegen. Sie sollen die von der kommunistischen
Gewerkschaftsbewegung gemachten taktischen Fehler unter-
suchen und ihren Folgen begegnen. Im Ruhrgebiet ist eine derartige, mit
außerordentlichen Vollmachten versehene Stößbrigade unter der
Führung eines Bednamen hier aufgestellt, seit Wochen tätig.
Die Stellung der Funktionäre Saeffow und Junke, der
Führer der NSD., gilt seither als stark erschüttert. Ob sich die
Pläne von neuen Aktionen in den augenblicklichen Tarifkämpfen
des Ruhrbergbaues bei der schwachen Kasellage der KPD. und
der geringen Zahl von Betriebsmitgliedern durchführen lassen,
bleibt abzuwarten.

25 Jahre Chlorodont. In diesem Monat werden es
25 Jahre, daß die ersten Tuben des zu Welttruhm gelangten
Zahnputtmittels Chlorodont in den Handel gelangten. Sie
nahmen ihren Weg ursprünglich aus den Laboratorienräumen
der Dresdener Bismarckapotheke, bis nach 10 Jahren die erste
Fabrik entstand, die trotz aller Nöte der Zeit während und nach
dem Kriege fortgesetzt vergrößert werden mußte. Heute sind rund
1000 Arbeiter und Angestellte in dem Betriebe tätig.
6000000 Menschen allein in Deutschland benutzen täglich Chloro-
dont. Zahlreiche Tochterfabriken und Vertretungen im Ausland
sorgen für die Verbreitung der Chlorodont-Erzeugnisse in der
ganzen Welt. Ein schöner Erfolg zehnjähriger Arbeit.

Sie waren arm . . .

Bei Schubert und Haydn in Wien
von Liesbet Dill.

Der arme Schubert! Im Leben hat er, außer Lorbeerfränzen, nicht viel, gekostet bekommen. Er hatte nicht das Glück, "Schlager" zu komponieren.

In das laubere, einfache Geburtshaus von Schubert strömen heute die Fremden. Kühle Biedermeierzimmer, sparsam eingerichtet, aber außer seinem Lehnstuhl, einem Klavier, ist nicht viel mehr von ihm da. Seine armselige, bleigefärbte Brille, Bilder seiner Eltern. Da liegen seine Zeugnisse. Er war "ein musikalisches Talent", aber in "Mathematik schwach". — Sein ganzes Leben hat er nicht rechnen können. Seine Violine, seine letzte handschriftliche Aufzeichnung, beideidene, gestrichelte Handbücher, Adergänge, Lichtschere und Tintenfaß, eine Tischglocke, ein Loden unter Glas, sein Losenhädel und seine Handarbeitsnadeln. "Der Erlös" — "Berthas Lied in der Nacht". "Schäfers Klage" und "Impromptus". Klavierkonzerte und Schwindsche Skizzen über Schuberts unausgeführte Oper. Es ist nicht viel mehr da von ihm. Die Anzeige seines Begräbnisses von Grillparzer und eine Rechnung seines Bruders über Schuberts Begräbnis. "Samt den Trinkgeldern für die Sargträger". — Als Gegenstück: ein Menu, d. h. ein Frühstückszettel. Bohn sieht das, was Schubert gegessen hat. "Ein Rostbraten 18 Kr., eine Giesfleisch 15 Kr." Und auf die Rückseite hat Schubert lächelnd ein Gedicht geschrieben: "Der Geist der Welt."

Auf seiner Violine sind die Saiten gesprungen. Sein Grab? Wo ist es? Auf dem Zentralfriedhof steht wohl sein Epitaph unter denen von Brahms, Mozart, Strauß und Beethoven. Aber dort ruht er nicht. Man hat ihn auf dem Währinger Friedhof in der Nähe begraben. Dann schließt der alte Kastellan die weiße Tür hinter uns. "Wünschen die Herrschaften noch Ansichtskarten?" — Eine Schelle klingelt. Wir haben Schubert einen Morgenbesuch gemacht.

In Wien eßt man nicht. Man springt nicht auf die Straßbahn, fährt nicht auf dem Trambahn mit, noch kramert man sich an den Wagen, wenn er schon befüllt ist. Man bleibt einfach stehen und wartet auf den nächsten. In Wien hat man Zeit.

Ich steige die breite Steintrappe hinauf zum ersten Stock des einfachen, weißgetünchten Hauses, in dem Haydn lebte und starb. Ein paar stille Zimmer, feierlich, kühl, niemand ist da, nur ich. Das alte Spinett hat noch einen guten Klang. Sonst ist nicht mehr viel übrig geblieben. Haydns Sessel, Haydns Noten und Briefe unter Glas. "Die Schöpfung". "Die Jahreszeiten", eine Einladung zu Beethovens Totenfeier, Sonaten für die Cembalo, Quartette, Menuette und Sinfonien. Darüber schwebt seine feierliche, weiße Totenmaske.

Ein laubere, stiller Hof, ärmlich, mit einem winzigen Gärtlein. Im Vorraum steht ein großer Schrank, der aussieht, als sei er zum Plagen mit etwas gefüllt. Ich frage den Kastellan: "Was ist denn in diesem Schrank?" "Ach, nur", sagte der alte Mann, der die Türen hinter mir schließt, "nur Noten . . ."

Al Capone am Boden

Ein erledigter Bandit — Als er noch ein gefürchteter Verbrecher war — Schon Kämpfe um die Nachfolgerenschaft

Al Capone, der berühmteste Chef einer weitverzweigten Alkoholschmuggelbande, der Millionen und jährliche Schreden der Polizei, ist erledigt. Die Revision des Urteils, wonach der Bandit wegen Steuerhinterziehung zu elf Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist vom höchsten amerikanischen Gericht in Washington verworfen worden und Capone wurde zur Verbüßung seiner Gefängnisstrafe in das Bundesgefängnis von Atlanta überführt. Damit ist der Schlussstrich unter ein Kapitel gelegt, das nicht gerade zu den erquicklichsten Affären der amerikanischen Kriminalgeschichte gehört. Es ist kein Zweifel, daß die Vollstreckung dieses Urteils das wirkliche Ende des Gangsters bedeutet. Andere werden sich an seine Stelle setzen, sein reiches Vermögen — man spricht davon, daß er im Jahre durchschnittlich 20 Millionen Dollar verdient und ausgegeben hat — wird in alle Winde zerflattern, — und ein Bandenführer ohne Geld ist ein erledigter Mann. Was er allerdings mit seinen Einnahmen aus dem Alkoholschmuggel alles anfangen konnte, ist für unsere europäischen Begriffe kaum verständlich. Trotz Duzendern von Morden, die er auf dem Gewissen hat, trotz umfangreicher Alkoholschmuggelgeschäfte, trotz all der Bestechungen von Beamten, die er sich hat zuzuschulden kommen lassen, wagte man nicht, ihm ein Haar zu krümmen. Er konnte mit lächelnder Miene bei den Polizeibehörden aus und ein gehen, er konnte auf einem Luxusjacht in Miami ein Leben voll rauschender Feste führen, er konnte Empfänge und Diners geben, er war bei allen Wohltätigkeitsveranstaltungen zugegen — das Unbegreifliche aber war das Leben, das er im Gefängnis von Cook-County führte, bevor das Gefängnisurteil, das ihn nun elf Jahre verschwinden läßt, rechtskräftig wurde.

Er genoß dort die erdenklichsten Privilegien. Er las, was er wollte, er rauchte, hörte Radio und spielte, wenn es ihm wahrte, im Gemeinschaftsraum mit den anderen Gefangenen Karten. Nicht einen einzigen Willen Gefängnisnahrung brauchte er zu sich zu nehmen. Seine Mahlzeiten wurden durch seine Mutter vorbereitet und gelocht, die sich in unmittelbarer Nähe des Gefängnisses eine Wohnung gemietet hatte. Die Speisen wurden dann durch einen Familienangehörigen in das Gefängnis gebracht. Diese Privatbesorgung wurde von der Gefängnisdirektion bewilligt, da Capone die Befürchtung geäußert hatte, man wolle ihn vergiften.

Aus leicht verständlichen Gründen hatte man den Banditenhauptidee und Alkoholschmuggler nicht etwa in die Abteilung gelegt, wo andere Alkoholschmuggler untergebracht waren. Einen halben Tag befand er sich in der Abteilung der Kaufmannshändler, mußte dann aber rasch wieder herausgeholt werden, weil sich dort bereits umfangreiche Geschäfte anzupflanzen schienen. Er kam dann in die 5. Etage, zusammen mit Scheffältern und Betrügern.

Capone trat auch sofort in den Kangaroo-Klub ein. Dieser Verein schloß einzelne Gefangene eng zusammen und vermochte die den Vereinsangehörigen unangenehmen Elemente auszuschalten und ihnen den Aufenthalt im Gefängnis so zu vereiteln, daß sie selber um eine Verlegung in eine andere Strafanstalt einkamen.

Das einzige Unbequeme für Capone war das "Schlafzimmer". Er mußte nämlich, wie die anderen Gefangenen in einer nach dem Korridor nur durch Gitterstäbe verschlossenen Zelle schlafen, wo er auch nachts ständig unter Aufsicht war. Der immer auffallend gut gekleidete Gangster hatte hier Mühe, seine Garderobe unterzubringen.

Während die anderen Gefangenen die frische Luft kaum sahen, weil es im Cook-County ein Wagnis war, man gelte, war es Capone gefallt, den Dachgarten des Gefängnisses zu betreten.

Mit einem Schlag sind nun diese Vergünstigungen abgebrochen worden, und Capone wird in seinem Aufenthaltsort behandelt werden, wie jeder "gewöhnliche" Verbrecher auch. Er ist nicht mehr der Mann, vor dem die Polizei und die Unterwelt Angst zu haben brauchen. Und ihm haben die Kämpfe um die "Nachfolgerenschaft" erwischt. Die Polizei rechnet mit neuen lauberen Banditenführern und hat in bestimmten Gegenden von Chicago und New York die Wachen bereits erheblich verstärkt. Aus diesen

Kämpfen wird dann wieder ein neues "König" hervorgehen, der, wenn sich nicht die Voraussetzungen ändern, wenn also die Prohibition in Amerika nicht abgeschafft werden sollte, die Umwelt so lange in Angst und Schrecken hält, bis ihn ein anderer wieder ablöst.

Ich bin hungrig . . .

Von J. Reibrach

Seit vollen zwei Monaten irzte Jacques Demain in den Straßen von Paris umher und suchte irgendeine Arbeit. Er war Fuhrmann. Als die Dammarbeiten, bei denen er über ein Jahr beschäftigt gewesen, zu Ende waren, verließ er die Bretagne und kam nach allerlei Zwischenfällen in Paris an. Hier, in der Millionenstadt mit ihren hunderttausend Verdienstmöglichkeiten hoffte er, daß es ihm doch noch gelingen würde, sich fortzubringen.

Kaum war er in die Stadt gekommen, sah er auch tatsächlich allerlei begonnene Bauten. Schwerbeladene Wagen schleppten in endlosen Reihen das notwendige Material herbei und Scharen von Arbeitern tummelten sich auf den Gerüsten.

Doch leider — alle Posten waren schon besetzt. Die Unternehmer hatten für ihn keine Zeit und schauten keine zerhackten Papiere, die er mit heißen, ungeheißten Fingern auseinanderlegte, gar nicht an, sondern hießen ihn weitergehen. Die fortwährenden Enttäuschungen machten ihn sauer und nutzlos. Seine Kleidung wurde mit jedem Tag defekter, sein Gesicht schmälte. Vom ewigen Herumgehen tödliche, vom Regen oft bis auf die Haut durchnäßt, hatte er bereits das Aussehen eines Vagabunden. Sein Herumirren begann den Polizisten verdächtig zu werden, die Hunde bellten ihm nach und diese Hundenstadt erfüllte seine Seele mit unaussprechlichem Jammer. Ohne Schlaf zu finden, wählte er sich des Nachts auf den Ziegeln unter einer Brücke, und in seinen Halluzinationen sah er ihn, er sei erkrankt und man trage ihn in das Spital, oder ein Polizist arretiere ihn als obdachlosen Landstreicher.

Das Spital mit seinen hohen, kalten Mauern erfüllte ihn mit Abscheu, das Gefängnis aber löste ihm Furcht ein. Er begann also wieder zu suchen und lief mit spähendem Blick wie ein gejagtes Tier durch die Gassen, ängstlich jeder Uniform ausweichend. Der Gedanke, daß ihn der Hunger vielleicht noch zum Diebstahl treiben könnte, schürte ihm die Achse zusammen. Er wendelte sich in einem Kohlenhandlungsbüro. Die Herren Beamten, die sich gerade sehr angeregt unterhielten, hatten nicht viel Zeit für ihn. Man gab ihm Adressen von Unterstützungsvereinen und von wohlthätigen Frauen. Einmal waren die Adressen unrichtig, wo anders wieder wurde er auf später vertröstet.

An jedem Morgen, als ihm beim Anblick der von Sonnenlicht überfluteten Häuser schwindlig wurde, an jenem Morgen, da er mit der Gewißheit, rettungslos verloren zu sein, wie wahninnig vor sich hinirre, sah er plötzlich, daß ihn jemand hinter dem Zaun eines Gartens beobachtete. Ein unbestimmbares Schamgefühl ergriff ihn, zugleich aber die Empfindung, als steige wieder ein Lichtstrahl in seinem Herzen auf; denn vom Garten her wehte es ihm wie Mitleid entgegen. Und so näherte er sich ganz langsam dem Zaun. Bei den ersten Worten, die er heraussprechen wollte, kamen ihm Tränen in die Augen und es verließ ihn die Stimme. Er mußte sich mit Gesten behelfen: schweigend legte er die Hand auf den Magen, um auf diese Weise auszudrücken, daß er hungrig sei.

Unterdessen wurde das Gartenspörtchen geöffnet und er vernahm Worte voll Güte und Erbarmen, die seine Tränen noch vermehrten. Ein herbeigerufener Diener sagte ihm, er solle eintreten und führte ihn in die Küche. Jacques ging wie im Traum. Er sah, wie man ihm einen Teller Suppe porzierte und er begann mit gieriger Hast zu essen. Er trank einige Schluck Wein, und als man ihm Fleisch gab, da schien es ihm, als müsse er vor Aufregung ohnmächtig werden. Dann verfiel er in ein nervöses Lachen.

Die Dienerschaft blinnte ihn verächtlich an, er aber, von dem Glanz der Vivreen geblendet, sah es nicht. Allmählich umfing ihn eine schon lange entbehrte wohlige Zufriedenheit, und durch die Glieder fuhr ihm eine so süße Wärme, daß er vor Glück hätte ausschreien mögen.

Das Leben, dieses für so viele Tage unterbrochene Leben erwachte in ihm aufs neue; sein blutleeres Gehirn begann ganz langsam wieder zu funktionieren; unklare Gefühle der Freude und Dankbarkeit zersprengten ihm das Hirn und rangen nach Ausdruck.

Alles war wieder da: Mut, Hoffnung, Lebensglück. In seiner Ekstase schien es ihm plötzlich, als habe er wieder Arbeit und Lustiere einen bespannten Wagen. Ganz unvermittelt verfuhr er das Bedürfnis zu sprechen. Mit abgerissenen, unzusammenhängenden Worten begann er zu erzählen, unterbrach sich selbst, betonte seine Ehrlichkeit und Ausdauer in der Arbeit und lobte seine Geschicklichkeit im Kaufmännischen. Immer mehr ins Feuer geratend, erzählte er, was für Kunststücke er manchmal vollbracht habe, so zum Beispiel, als er einen mit fünf Paar Pferden bespannten, schwerbeladenen Wagen durch eine ganz schmale Gasse geführt und an der Ecke habe umbiegen müssen.

Nach einem so langen Hungern, nach so viel Tagen Einsamkeit und Schweigen war er durch diese paar Hissen und durch seine eigenen Worte wie betäubt; es erfaßte ihn ein förmliches Kläglich, und er hefte am ganzen Körper, von einer seligen Wärme ergriffen. . . .

Zufrieden mit sich selbst, ja geradezu stolz auf seine Barmherzigkeit stieg der Herr in die Küche hinab, um sich seiner edlen Tat zu freuen. Als er den Raum betrat, hörte er laute Rufe, denn der Vorspann hatte jedoch die scharfe Wendung vollführt und postierend fuhr der Wagen in die enge, holprige Seitengasse ein.

Der Herr blieb mit offenem Munde stehen. Was? Sollte dieser Kerl am Ende besoffen sein?

Als Jacques Demain den Grandseigneur erblickt hatte, sprang er sofort auf; bei dieser überstürzten Bewegung wäre er fast gestürzt, und seine Zunge, die vor dem vielen Sprechen schon ermüdet war, konnte nur noch fallen, anstatt zu danken. Der Grandseigneur wurde zuerst blaß, dann färbte er sich in seinen menschenfreundlichen Gefühlen betrogen, in jählichem Zorne schrie er:

"Was, du bist besoffen, du Hund?" Sodann befahl er:

"Hinaus mit diesem Schuft! Werft ihn sofort hinaus! Ohne Widerrede!"

Die Bedienten die nur mühsam ihr loshaftes Lächeln verbargen, packten den vor Schreck wie gelähmt dastehenden Mann beim Kragen und warfen ihn zur Tür hinaus.

Der eckmütige Herr ätzte vor Wut. Er sah ein, daß er bis jetzt viel zu gut, ja geradezu barm gewesen war. Und als man Jacques schon bis zur Gartentür hinausgerannt hatte, änderte er seinen Befehl und rief:

"Sel! Ruff mir sofort einen Polizeibeamten! Dieser Kerl muß eingelockt werden! Habt Ihr mich verstanden? Sofort ins Loch mit ihm!"

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen.)

Daran erkenne ich den gelehrten Herrn!
Was ihr nicht tastet, seht euch meistens;
Was ihr nicht seht, das seht euch ganz und gar;
Was ihr nicht rechnet, glaubt ihr, sei nicht wahr;
Was ihr nicht wägt, hat für euch kein Gewicht;
Was ihr nicht münzt, das, meint ihr, gelte nicht.

Goethe.

„Tiere, Menschen und Götter“

Die im Tierpark Stellingen untergebrachten Tiere sollten im vorigen Jahre auch einmal Sommerurlaub haben und es wurde eine Liste angelegt, um nach dem Dienstatte, dem Wert und der Würdigkeit jedes Tieres die Urlaubsdauer zu bestimmen, denn man hielt es für ungerecht, beispielsweise einem kleinen Affen den gleichen Urlaub zu gewähren wie einem großen Kamele. Nach langem Beraten einigte man sich, und als erster fuhr der alte Wähenlöwe auf vier Wochen zu seinen Verwandten in Afrika. Ihm folgten die anderen Raubtiere. Als die letzten Tiere ihre Urlaubsreise antraten, lehrten die ersten bereits in ihre Käfige zurück. Lediglich der Esel bat um Nachurlaub von vierzehn Tagen, da er in Heideberg sein Herz verloren hatte und nun glaubte, die Liebe höre nimmer auf. Wochenlang erzählten sich die Tiere ihre Erlebnisse. Einige davon sollen im folgenden zum Besten gegeben werden.

„Denk auch nur,“ erzählte das Murmeltier, „in Wien bin ich in mehreren Rinds gewesen, aber überall war es so langweilig, daß ich geschlafen habe! Beim besten Willen konnte ich weder lachen noch weinen. Meinen Verwandten, die bei einem richtigen Minister wohnen, erzählte ich meine traurigen Erfahrungen. Der Minister hörte zu, als ich sagte, daß man nirgendwo besser als im Rind schlafen könne und was erwiderte er? . . . Nun, er sagte: Teures Tierchen, da kennen Sie mein Amtszimmer nicht!“

Das Krokodil war die Elbe aufwärts geschwommen, über Wittenberg und Meissen bis nach Dresden. Dort lag es viele Abende am Ufer, in der Nähe der ehemaligen Gardereiterkaserne und weinte.

„Warum weinst du?“ fragte ein Frosch. „So viel habe ich gehört von den stattlichen Reitern, die hier ihre Pferde in die Schwemme reiten und nun kommt kein einziger mehr. Die gute alte Zeit ist verflunken. Deshalb liege ich da und weine . . .“

„Aber es sind doch Krokodilstränen, die du vergießt!“ bemerkte vorwichtig der Frosch.

„Als ob es andere Tränen über die gute alte Zeit geben könnte!“ heulte das Krokodil. „Aber bei mir allein, ausgerechnet bei mir bemerkt man es!“

Der junge Wandrill holte sich bei einem berühmten Herrenschneider einen Frack und begab sich geradeswegs zur Ura nach Neubabelsberg. Es konnte, da er glänzend aussah, nicht fehlen, daß er sofort dem Produktionsleiter vorgestellt wurde.

„Sie wollen zum Tonfilm?“ fragte der Chef wohlwollend. „Ich hab' desdewegen schon extra nicht gelernt!“ erwiderte der Wandrill.

Daraufhin verwies man ihn zu Professor Reinhardt. „Um Sie verpflichten zu können,“ sagte Reinhardt, „müßten Sie zum mindesten viel schlechter Deutsch sprechen!“

„In Hamburg stiegen zwei Herren zu mir ins Abteil,“ erzählte das Zebra. „Der eine trug eine Hafentruknadel in der Kravatte, der andere hatte eine Blechmarke mit Siegel und Hammer am Rockaufschlag. Sogleich fingen die beiden Herren lebhaft zu streiten an; der Streit artete während der Fahrt in Tätlichkeiten aus und ich mußte leider zusehen, wie die beiden Herren sich ohrfeigten. Nachdem der eine wie der andere genug hatte und atemlos auf seinen Platz sank, wurde ich von beiden gleichzeitig gefragt, wer recht habe. Ich antwortete höflich, vor kurzem in Stellingen gehört zu haben, die Radfahrer seien an allem schuld. Darauf fragte der eine: „Wie es scheint, kümmern Sie sich überhaupt nicht um Politik!“ „Sie haben recht, mein Herr,“ sagte ich. „Sie besteben mich zu verwecheln. Ich bin ein Zebra und kein Kamele!“

Das Rhinoceros ging auf einige Wochen nach Afrika und schwamm den Nil hinauf. In Kairo sah es König Fuad, der gerade von seiner Deutschlandreise zurückgekommen war. „Es lebe der König!“ schrie das Rhinoceros ergeben und riß das Maul gewaltig auf. Der König lächelte sich geziert; sein Herz erschrak in Freude; stolz ging er auf das Rhinoceros zu, um ihm für die Opation, die er während der zehn Jahre seiner Regierung in Kairo noch nie erlebt hatte, huldvoll zu danken. Als jedoch das Rhinoceros erklärte, in Stellingen zu Hause zu sein, jentete sich des Königs Stolz und er legte traurig: „Ach so, ein deutsches Rhinoceros!“ Schade!
Martin Richard Möbius.

Irania

(Kulturpolitische Monatschrift für Natur und Gesellschaft)

Seit 50 Jahren ist Darwin in diesen Tagen tot. In zwei Artikeln des neuesten Heftes lebt die Erinnerung an sein Werk auf. Professor Dr. Heinrich Schmidt befaßt in einem Artikel die Abstammung des Menschen vom Affen, und zwar als Glied der Schimpansenaffren. Damit wird die Meinung verworfen, daß Mensch und Monstrenaffen sich getrennt aus niederen Halbaffen entwickelt haben. Der zweite Artikel: „Kleine Ursachen, große Wirkungen“, kommt von Leopold Rastler und betrifft die Rolle der Regenwürmer bei der Bildung von Ackererde, eine Frage, der Darwin besonders umfangreiche Studien gewidmet hat. Ueber „Faschismus und Erziehungsreform“ schreibt Otto Janßen einen Artikel, der sich gegen die Kulturreaktion des Faschismus richtet. Ein trauriges Kapitel überträgt Siegfried Hegler mit einem Artikel: „Erwerbslosbau.“ Schmuddel-Studien am Rande der Großstadt zeigen, wie sehr wir durch die Not von der Erfüllung unserer Wohnhausideale entfernt wurden. Aber Schlußwortes enthalten noch Bilder von allerlei Wohnbedürfnissen, die Erwerbslose sich leisten, meist ihnen auch die Mittel für die bestmögliche Wohnung fehlen. Walter Böppel zeigt in einem Artikel: „Die geteilte Stadt“ den Wahnwitz der Grenzgebung bei Trümern durch die Macht der Sieger. Nach zahlreicher kleinerer und größerer Abhandlungen aus den verschiedensten Wissensgebieten vermißt dem Natur- und Menschenfreund allerdings Wissen und Erfahrung.

